Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 Mal und ist durch die Expedition, Neue Graupenstr. 5/6, und durch Kolporteure zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 2.50, pro Woche 20 Pf. Durch die Post bezogen Mk. 2.50, frei ins Haus Mk. 2.94, wo keine Post am Orte, Mk. 3.34.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon Redaktion 3141. Telephon Expedition 1206.

Anzeigenpreis: Für die 5gespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 15 Pfennige, Auswärtige Anzeigen 25 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis Vormittags 9 Uhr in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 21. Freitag, den 25. Januar 1907. 18. Jahrgang.

Ein letztes Wort!

Wähler Breslaus! Der Wahltag ist herangerückt, nunmehr habt Ihr das entscheidende Wort. Seid Euch dessen bewußt. Das Wahlrecht das Ihr habt, ist ein anvertrautes Pfund und wer dieses Recht unbenutzt läßt, handelt wie der ungetreue Knecht im Evangelium. Er sündigt an sich selbst, an seinen Kindern, an seinem Volke.

Wähler! Eine folgenschwere Entscheidung ist zu treffen. Die Regierung hat den Reichstag selbstherrlich aufgelöst und verlangt vom Lande einen Freibrief für eine Kolonialpolitik, deren Kosten an Gut und Blut sich gar nicht übersehen lassen, die aber bisher schon dem deutschen Volke **weit über tausend Millionen** an Geld und das Leben und die Gesundheit von Tausenden seiner Söhne gekostet hat, während ihr **Nutzen durchaus zweifelhafter Natur ist.**

Wähler, handelte es sich nur um friedliche Kulturarbeit zur Erschließung bisher unbenutzter oder ungenügend benutzter Erdschätze, wir wären die letzten, uns ihr zu widersetzen. Aber, wie wir Euch in unseren früheren Wahlaufrufen nachgewiesen haben, die Kolonialpolitik, die Ihr gutheißen sollt, ist mit

grausamer Ausbeutung und Gewaltabenteuern

aller Art untrennbar verbunden. Sie beschwört die Gefahr immer wieder ausbrechender Negeraufstände herauf und verewigt das Mißtrauen der großen Nationen der Erde gegeneinander. Sie ist auf diese Weise der Antrieb zu immer

neueren und immer kostspieligeren Rüstungen.

Wer die Kolonialpolitik der Regierung gutheißt, der heißt die **uferlosen Flottenpläne gut,** mit denen man sich in der Regierung trägt. Diese Kolonialpolitik heischt immer größere Ausgaben für Heer und Flotte, immer größere Zerrüttung unserer Finanzen, immer neue Steuern, immer steigenderen **Geldmangel für soziale Reformen.** Sie mag einzelne bereichern, aber sie

verarmt die Nation!

Wähler Breslaus! Ein sich „national“ nennendes Kartell hat sich gebildet, Euch zu einer Stimmabgabe zu veranlassen, durch die Ihr das Recht des Volkes und der Volksvertretung, die Politik und die Ausgaben der Regierung zu bestimmen, preisgeben würdet. Es sollte sich antinationales Kartell nennen, denn es ist ein

Kartell gegen die Demokratie.

Wer ist die Nation? Sind es die oberen Hunderttausend, die Privilegierten der Macht und des Besitzes, die in die hohen Stellen hineingeboren werden? Oder ist es nicht die breite, schaffende Masse der Nation, die Millionen, die in Werkstatt und Kontors, auf dem Felde und im Bureau die Arbeit leisten, von deren Ertrag die Gesamtheit lebt? Diese Millionen sollen sich für unmündig erklären, das entscheidende Wort in Politik und Verwaltung zu sprechen. Das will die Regierung, und das konservativ-liberale Kartell spielt ihr dabei in die Hände. Wähler Breslaus! Dieses Kartell mutet Euch zu, Eure bisherigen Vertreter im Stich zu lassen und dafür im Ostkreis einen hocharistokratischen konservativen Großgrundbesitzer, im Westkreis einen höheren Beamten zu wählen, der sich zu einem verschwommenen Liberalismus bekennt. Kann eine solche Vertretung Euch genügen in einer Zeit, die tiefgreifenden Lösungen entgegensieht? Fürst Hatzfeld mag als Mensch sehr schätzbare Eigenschaften haben und unter den Konservativen noch liberal schillern, er würde darum doch nur einen miserablen Vertreter der werktätigen und demokratisch fühlenden Bevölkerung von Breslau-Ost sein. Herr Pfundtner mag ein tüchtiger Schulmann sein, aber mit seiner Demokratie steht es, wie seine Programmrede gezeigt hat, darum doch nur sehr kläglich. Mit wohlwollenden Absichten ist heute nichts ausgerichtet. Unsere Zeit braucht Kämpfer mit ganz bestimmten Programmen, nicht Allerweltsfreunde, sondern Männer, die mit den Fragen

der Wirtschaftspolitik, der Sozialpolitik

gründlich vertraut sind und sie ein für alle Mal unter dem Gesichtspunkt der **schaffenden Arbeit** gegen den **ausbeutenden Besitz,** der **Gleichberechtigung aller** gegen **jede Art von Privilegium,** der **zielbewußten Friedenspolitik** gegen alle **militaristischen und sonstigen zäsaristischen Projekte** vertreten.

Durch den Abschluß des Kartells mit den Konservativen hat der Breslauer Zentrum gezeigt, daß ihm **der letzte Rest demokratischen Empfindens abhanden** gekommen ist, hat er **Verrat** an der großen Ueberlieferung der bürgerlichen Demokratie Breslaus geübt, auf die er sich einst berufen durfte. Um ein Mandat im Wahlkreis zu erhaschen, verkauft er den Wahlkreis den Konservativen, den Schildknappen der verderblichen Rüstungspläne der Regierung.

Wähler Breslaus! Wer sich noch einen Funken demokratischen Empfindens bewahrt hat, wird

diesen doppelten Verrat nicht mitmachen.

Seid unserer wahren Interessen, unserer besten Traditionen eingedenk! Sie weisen Euch darauf hin, an Euren bisherigen Vertretern festzuhalten. Sie waren stets am Platze, wo es galt, Eure Interessen wahrzunehmen. Sie haben den Wuchertarif bekämpft, der Euer Leben, Eure Arbeit verteuerte und Breslaus Exportinteressen preisgab, sie haben die neuen Steuern bekämpft, die Eurem Konsum und Verkehr erhöhte Lasten auferlegen und haben ihnen die Forderung einer kräftigen Besteuerung der großen Erbschaften entgegengestellt. Sie haben radikale Arbeiterschutzgesetze verlangt und immer wieder die Stimme für Erweiterung Eurer Rechte erhoben. Ihr werdet Euch nicht die Schmach antun, sie im Stich zu lassen, weil die Regierung aus momentanem Aerger über das Zentrum den Liberalen gnädigst erlaubt, ihr — den Schleppsäbel zu tragen. Unsere Zeit braucht

Männer und keine Süßholzraspler.

Wähler von Breslau! Die Herren des Kartells machen Riesenkartells, machen Riesenanstrengungen, Euch für den Umfall breitzuschlagen. Laßt Euch nicht betören und bleibt Euch treu und wählt

die Kandidaten der Sozialdemokratie

für Breslau Ost: den Tischlermeister Tutzauer

für Breslau West: den Schriftsteller Bernstein

für Breslau (Land)-Neumarkt: den Stadtv. Schütz.

Die Wahlen und die Intellektuellen.

Nr. 17 der „Neuen Gesellschaft“ enthält folgenden Aufruf: Nicht von Herrn Dernburg und den Schleppenträgern seines funkelnagelneuen Krönungsmantels will ich reden — den Herren Professoren, die sich durch seine Zahlen-Phantasien nur blenden lassen konnten, weil sie es so wenig verstehen, sie durch des Lebens Wirklichkeit zu korrigieren. Ich wundere mich nicht über sie, ich nehme ihnen ihren Kolonialpatriotismus gar nicht übel: es ist wirklich nicht schön bei uns, speziell in Preußens ebener Nüchternheit — ein Denker und Dichter mag allzu gern das Land der Sehnsucht mit der Seele suchen und sich, im Geiste wenigstens, in üppige Palmenwälder flüchten. Auch den „königlichen Kaufleuten“ verdenkt es gewiß niemand, wenn der Dernburg-Bazillus in sie gefahren ist und Fieberträume hervorruft — selbst dem Lebensjünglingen gläuzen bereits die Augen verdächtig, ein jeder trägt, heimlicher Wonnen voll, schon das Ministerportefeuille im Tornister!

Von anderen will ich reden: Leuten wie ich, die vor der Masse mit ihrem Bohemetum protzen, in der Stille ihrer kahlen vier Wände aber die **Armut empfinden** als das, was sie ist: eine Sklavenkette, eine Zwangsjacke, eine Folterkammer, in der **der geistige Arbeiter noch mehr als der Handarbeiter der Gefahr ausgesetzt ist, seine geraden Glieder zu verlieren.**

Schriftsteller und Journalisten, **Maler und Bildhauer, Sänger** und **Schauspieler,** Lehrer und Ingenieure — sie alle gehören dazu; sie alle, die mit geschwellten Segeln ins Leben hinaussteuerten, und von denen nur die wenigsten — selten die besten! — an der Gedächtnisküste landeten. Sie hatten Ueberzeugungen, Ideale, selbständige Ideen; der Kampf ums Dasein hat zumeist das Wertvollste mit dicker Standesschicht bedeckt oder völlig begraben. Oft hört es: wählen zwischen der Existenz — vielleicht auch der unschuldigen Kinder! — und der Ueberzeugungstreue. Wer wirft den Stein auf Jemanden, die nicht gleich nach Strick und Revolver greifen? Noch häufiger aber gilt es, in der großen Tretmühle mitzumachen, die selbst hervorragende Talente allmählich in Atome zermalmt: Statt zu schreiben und zu dichten, müssen die armen geistigen Lohnarbeiter in der Stunde so und so viel Zeilen schinden, wie der Heimarbeiter Knöpfe drechselt; statt zu malen, werden Postkarten koloriert oder im Konkurrenzkampf gegen die Kamera des Photographen skurrile Momentbilder dutzendweise verfertigt; statt aus Marmor und Bronze Phantasien zu zaubern, werden für Warenhäuser „Renaissen“ in Gestalt von Tintenfässern, Bierkrügeln oder Blumenvasen geformt, bei denen die größere Absurdität die Aussicht auf die größte Einnahme bietet. Statt daß die Melodien der Mozart, Beethoven und Wagner begeistert und begeisternd aus kaugummiartiger Kehle fließen, heißt es, dem unersättlichen Ungeheuer Publikum obszöne Lieder mit obligaten Gesten in höheren und niederen Tingeltangeln vorplärren; und statt Gestalten unserer Dichter auf den weltbedeutenden Brettern zu verkörpern, sieht sich der Schauspieler männlichen und weiblichen Geschlechts nur zu oft gezwungen, als geistiger Jongleur mit den allermodernsten „Schlagern“ auf dem Brett zu reüssieren.

Des Volkes Tag.

Wohlan, mein Volk, nun kommt dein Tag!
Sie fordern dein Gericht.
So sei es wie ein Wetterschlag,
Der stolze Kronen bricht.
Zu lange übtest du Geduld,
Zu hoch schon häufte sich die Schuld!
Wohlan, mein Volk, ein Tag ist dein,
Lass dein Gericht ein strenges sein!

Sie höhnten über deine Not
Und türmten Last auf Last;
Sie schmälerten dein Stücklein Brot
Und haben frech geprasst.
Zu lange trugst das Joch du schon,
Zu lange schon den Spott und Hohn!
Wohlan, mein Volk, ein Tag ist dein,
Lass dein Gericht ein strenges sein!

Sie lachten deines guten Rechts
Und traten's in den Staub;
Und spotteten des armen Knechts,
Der blind und stumm und taub.
Zu lange schon hast du geharrt,
Zu lange hat man dich genarrt!
Wohlan, mein Volk, ein Tag ist dein,
Lass dein Gericht ein strenges sein!

Auf deinen Namen häuften Schand'
In fernen Zonen sie;
Der Dichter und der Denker Land
Mit Schmach beluden sie.
Zu lange währte schon das Spiel;
Der Schande und der Schmach zu viel!
Wohlan, mein Volk, ein Tag ist dein,
Lass dein Gericht ein strenges sein!

Mein Volk, ein Tag ist dir gewährt.
Für deine Ehre sprich
Und zeige dich der Freiheit wert,
Und deine Fesseln brich!
Zu lange währte die Geduld.
Ein Tag soll tilgen Schmach und Schuld!
Wohlan, mein Volk, ein Tag ist dein,
Lass dein Gericht ein strenges sein!

Das sind die zahllosen proletarischen Intellektuellen, die von ihren kapitalistischen Kollegen, die Bart und Bauch pflegen können, durch eine tiefere Kluft getrennt sind, als von dem letzten Straßenkehrer. Nur, daß ihnen der Straßenkehrer zumeist an politischer Einsicht weit überlegen ist. Sie kümmern sich nicht viel um Politik — höchstens dann, wenn sie darüber leitartikeln müssen. Von Sozialismus wissen sie nichts, sie hörten nur munkeln, daß er das Privateigentum aufheben will — und dagegen bäumt sich im Namen ihrer höchst persönlichen Krawatte ihr ganzes Inneres auf! — und daß er die allgemeine Gleichheit propagiert — dagegen protestiert ihr nebelhafter Individualismus. Erinnert Ihr Euch denn nicht noch dunkel, was das heißt: eine Individualität, Ihr gehetzten, verprügelten, armseligen Schreiberseelen, die ihr einst Dichterträume hegtet, ihr Jahrmarktsfabrikanten, die Ihr einst Schöpfer neuer Olympier zu werden gedachtet?!

Der Sozialismus, so predigt man ihnen, wird jede freie Kunst unterdrücken — und sie glauben es angesichts der Siegesallee! Der Sozialismus wird jedes Talent vernichten, da er alle Menschen zur Handarbeit zwingen will — und sie fürchten sich davor, obwohl sie längst selbst zu bloßen „Hand"-Arbeitern wurden, da man ihnen den Geist mit der Hungerpeitsche austrieb.

Sie haben keine Empfindung dafür, daß die Abhängigkeit des geistigen Arbeiters vom Unternehmer viel entwürdigender ist als die des Handarbeiters; denn der eine verlangt nur seine manuelle Arbeitskraft, der andere aber muß **seinen Geist verkaufen.** Und sie reden dann von Freiheit und von dem Kasernenstaat der Sozialdemokratie!

In anderen Ländern, die in der Welt vorangehen — Frankreich, England — ist das Kaffeehaus nicht der einzige Lebensinhalt der Intellektuellen; auch in den Klubs der Arbeiter, bei ihren Festen und Versammlungen sind sie zu finden. Mehr und mehr fühlen sie die Gleichheit der Interessen und erwachen aus ihrem Dornröschenschlaf im Märchenwalde zur Wirklichkeit des Lebens. Bei uns schlummern sie noch. Aber es ist nicht allein ihre eigene Schuld.

Die vom Reichskanzler angesichts dieser Wahlen zu Hilfe gerufene „Partei der Nichtwähler" setzt sich zweifellos zu einem Teil aus ihnen zusammen. Und gerade sie werden sich in ihrer Masse noch von der nationalen Phrase betören lassen.

In letzter Stunde darum sei ein ernster, [illegible] Weckruf an sie gerichtet! Und wenn sie zunächst nichts anderes begreifen, als daß sie des **Kapitalismus arme Sklaven** sind, so ist das schon der Anfang der Empörung. Treten sie aber Schulter an Schulter mit dem Manne der schwieligen Faust an die Wahlurne und helfen sie, wie es Pflicht der geistigen Kämpfer ist, **der Freiheit eine Gasse** bahnen, dann wird das Proletariat sie auch als Brüder anerkennen, und sie werden sich einreihen in die Scharen derer, die den [illegible] der Zukunft errichten, [illegible] daß er allen — also auch ihnen und ihresgleichen, **Raum zum Leben und zur freien Entwicklung** gewährt.

Otto Heinrich [illegible]

Politische Uebersicht.

Fürs Vaterland!

Das ist der Ruf, den unsere Gegner in dem jetzigen Wahlkampfe nicht laut genug in alle Welt hinausschreien können. [illegible] die [illegible] Kolonialpolitik, die bisher nur einigen [illegible] Segen gebracht, dem deutschen Volke aber nur [illegible] gekostet hat, Propaganda machen zu können, werden die [illegible] der Soldaten [illegible], die man nach Südwestafrika [illegible] zu tragen. Wie im Jahre [illegible] [illegible] in welcher [illegible] Weise die deutschen Soldaten in [illegible] von den Schwarzen erschlagen und mißhandelt wurden. [illegible] **anderer Gedanken**, als [illegible] **derjenigen vergißt, die wirklich im Dienste des** [illegible] **geblutet und gelitten haben.** [illegible] **Fürs Vaterland!** [illegible] **die so elendiglich** [illegible] **haben!**

[illegible] „[illegible]" [illegible] **Meldung**, [illegible] **1870/71** [illegible]

[illegible]

Sie hungerten früher und hungern jetzt und hungern bis an ihr Lebensende.

sind, abgewiesen werden und dann in einer Torwegnische, in einem Schuppen oder unter einer Brücke, wie so oft, nächtigen müssen. In den Volksküchen sind viele, wenn es ihre Mittel erlauben, ständige Gäste. Sie sind auch dort, nachdem sie alle Hoffnung aufgegeben haben, daß ihre Lage eine bessere werden wird, zufrieden und murren nicht. Sie sind ja das Darben gewöhnt.

Sie hungerten früher und hungern jetzt und hungern bis an ihr Lebensende.

Sie murrten nicht, wenn sie in den Feldzügen tage-, ja wochenlang kein Brot, fast nie Fleisch und nur Reis mit Wasser gekocht und mit Salz gewürzt zu essen hatten. Sie haben nie gefordert, daß ihnen alles, was ihnen nicht geliefert worden, nachgezahlt würde. Sie waren schon zufrieden, als Sieger heimkehren zu können. Und daß ihnen das **dankbare Vaterland** auf dem Königsplatze **eine prächtige Siegessäule aus Granit und Marmor** aufstellen ließ, war gewiß schön, aber es hieß auch **damals**, daß für die Veteranen

von Staats wegen im Alter gesorgt werden solle.

Alt sind sie ja jetzt alle, aber man hat sie trotzdem vergessen. Man hat vergessen, daß sie es waren, die anstatt Kriegslasten Milliarden und somit den Wohlstand ins Land gebracht haben, und man hat auch vergessen, daß in der Folge sich die **Lebensbedürfnisse enorm verteuert** haben. Die Veteranen wollen gewiß nicht in Saus und Braus leben. Sie wollen aber soviel haben, daß sie sich wenigstens in diesem schönen Vaterlande notdürftig nähren können, daß sie wissen, wo sie im Alter ihr Haupt hinlegen können, daß sie nicht von Tür zu Tür betteln gehen müssen. Man hat sie aber vergessen! Sie sind das **Darben ja gewöhnt**, und wie jüngst im Reichstage bei der **Fleischteuerungsdebatte** erwähnt wurde, sind sie trotz des Darbens 1870/71 stark genug gewesen, also können sie auch weiter hungern und schließlich auf der Pritsche des Asyls unerkannt und vergessen sterben. Hier scheint der Wahrspruch: „Gott, du bist gerecht, du strafest nicht den Kriegesknecht" zuschanden geworden zu sein. Denn die Veteranen werden für ihre Tüchtigkeit im Kriege durch Hunger und Entbehrungen hart bestraft."

So gedenkt das dankbare Vaterland derjenigen, die für dasselbe **gekämpft und geblutet haben.** Und damit vergleiche man die heutigen **Rufe der „Staatserhaltenden"** Parteien: **Fürs Vaterland!**

Eine größere Heuchelei ist kaum denkbar!

„Unsere braven Jungen in Südwestafrika".

I.

Im vorigen Frühling war's. Das Haus des Ministers v. [illegible] in festlicher Beleuchtung. Frack und Uniform, Seide und Diamanten. [illegible] Reden und Tanz. Man bemerkte unter den Anwesenden Se. Durchlaucht den Reichskanzler Fürsten Bülow, den preußischen Finanzminister v. Rheinbaben und viele andere Sterne der Staats- und Gesellschaft.

An jedem Tage war aus Südwestafrika die Nachricht gekommen, daß [illegible] „Unsere Jungen" und „Söhne des [illegible]" im Kampfe ums Vaterland gefallen waren.

Am selben Abend Jubel im Hause des Ministers. Und die bürgerliche Presse hat's damals [illegible] vermerkt.

Der Kernpunkt des Abends war [illegible] [illegible] Erzählung u. [illegible]

Unter [illegible] „Unsere Jungen" sind [illegible] in Südwestafrika [illegible] und Herr v. [illegible] hat [illegible] „[illegible]".

II.

Im [illegible] auf dem Lande und [illegible] in der Stadt [illegible] offene [illegible]. [illegible] „Ein Sohn, der Füsilier M. M." am [illegible] im Kampfe gefallen ist.

[illegible] im Namen der öffentlichen Meinung [illegible] bei der [illegible] im Todesanzeigen [illegible]

III.

[illegible] in [illegible] in Südwestafrika. Der Dank des Vaterlandes [illegible] unter der Leitung eines [illegible] Ein junger [illegible] „[illegible]" [illegible] Südwestafrika zu [illegible], daß er keine [illegible] [illegible] und Hilfe habe. Ein schwerer Fall. [illegible] der [illegible] „Der Mann hätte [illegible]" [illegible] [illegible] Ein Soldat, der [illegible] „[illegible]" [illegible] [illegible] Konnte?

„Und [illegible] wir [illegible]?
Die Gesundheit ist verloren, die [illegible]
Der Gott [illegible] — Ein [illegible]."

[illegible] die Flugblätter des [illegible]: „Die [illegible] [illegible] „Unsere Jungen in Südwestafrika" haben [illegible] für [illegible] mit ihrem Blute [illegible].

„Für das Vaterland [illegible]!"

Was nicht wahr sein darf. Die „Nordd. Allg. Zeitung" erklärt die Meldung der Londoner „Daily Mail", daß Wilhelm II. bei einem Festessen der Reserveoffiziere neue Marine- und Heeresvorlagen angekündigt habe, für falsch.

In der Wahlbewegung kündigt man keine neuen Marine- und Heeresvorlagen an, sondern man streitet sogar ab, was in amtlichen Denkschriften schwarz auf weiß zu lesen steht, daß nämlich die Einbringung neuer Steuervorlagen bevorstehe.

Das Dementi der „Nordd. Allg. Ztg." war also als selbstverständlich zu erwarten und ändert gar nichts daran, wie man die Glaubwürdigkeit der „Daily-Mail"-Meldung einschätzen will.

So viel steht aber fest, daß der **Bau neuer Kriegsschiffe mit noch größerem Deplacement** und vermehrten Kosten, sowie **Neuerungen in der Bewaffnung des Heeres** bevorstehen — wenn nicht den Herren am 25. Januar der Appetit vergehen sollte.

Pfäffisches. Einen schier unglaublichen Fall von **Intoleranz evangelischer Geistlichen** veröffentlicht ein Wernigeroder Blatt. Wir finden dort die nachstehende Lokalnotiz:

Unter polizeilichem Schutz begraben wurde gestern Nachmittag auf dem Johannis-Kirchhof die Leiche des am Freitag im Kreiskrankenhause an Blutvergiftung gestorbenen Lithographen Sonntag. S. war **Katholik** und hatte seinen Wohnsitz in der Johannis-Gemeinde. Da er aber als Katholik nicht zur Johannis-Kirchengemeinde gehörte und da er im **Kreis-Krankenhause**, das im **Sprengel der Oberpfarrkirche** liegt, gestorben war, verweigerte der Geistliche der Johanniskirche das Begräbnis auf dem Johannis-Friedhofe und verwies die Angehörigen auf den **Oberpfarrkirchhof.** Auch der Pastor der Oberpfarrkirche wollte die Leiche nicht auf seinem Friedhofe aufnehmen, da nicht der zufällige Ort des Todes, sondern die Gemeinde, in welcher der Verstorbene seinen Wohnsitz hatte, für das Begräbnis maßgebend sei. Vergeblich suchte die Polizei zu vermitteln. Da Herr Konsistorialrat Rathmann bei seiner Weigerung beharrte, seinem Totengräber verbot, das Grab herzurichten und auch erklärte, den Kirchhof verschließen zu wollen, ließ gestern die Polizei durch den Totengräber einer anderen Kirche das Grab auf dem Johannis-Kirchhof herrichten und öffnete, als wirklich beim Eintreffen des Leichenzuges die Kirchhofstür verschlossen war, letztere mit Gewalt.

Man entsinnt sich der allgemeinen Entrüstung, die das Vorgehen der katholischen Geistlichkeit im Hamecker Kirchhofsstreit hervorgerufen. Es ist charakteristisch, zu sehen, daß es evangelische Geistliche gibt, die es nicht besser machen.

Eine peinliche Anfrage an den Reichskanzler.

Aus Berlin wird uns telegraphisch gemeldet:

Herr Oskar Poeplau, der frühere Beamte des Kolonialamts, veröffentlicht im „Vorwärts" einen **offenen Brief an den Reichskanzler**, in dem es heißt:

„Ich erwarte von Ew. Durchlaucht, daß Sie zum Beweise für die vorbereitete, also wohl überlegte Erklärung im Reichstag, daß meine Zurechnungsfähigkeit stark bezweifelt werden dürfte, und daß ich nicht Anspruch auf volle Glaubwürdigkeit habe, auf meine Bitte nicht ablehnen werden, alsbald öffentlich anzugeben, welche Handlung meinerseits dazu berechtigt sei, bei mir auch nur von vermutlicher Unzurechnungsfähigkeit zu sprechen und welche Tatsachen vorliegen, auf Grund deren Ew. Durchlaucht als Reichskanzler vor aller Welt behaupten konnte, daß ich Anspruch auf Glaubwürdigkeit nicht habe. Da mein wiederholt an Ew. Durchlaucht schriftlich gerichtetes gleiche Ersuchen unberücksichtigt geblieben ist, so habe ich mich genötigt gesehen, in dieser Sache an Ew. Durchlaucht öffentlich zu wenden."

Neue Opfer des Hottentottenkrieges. Ein Telegramm aus Windhuk meldet: An Krankheit sind gestorben: Gefreiter Otto [illegible], geb. zu [illegible], früher im Königl. bayer. 16. Inf.-Regt., am [illegible] Januar im Lazarett Keetmanshoop an Typhus und Ruhr, Reiter Wilhelm [illegible], geb. zu [illegible], früher Gren.-Regt. Nr. 8, am [illegible] Januar in der Krankensammelstelle [illegible] an Typhus, Reiter [illegible] Wegner, geb. in [illegible], früher Inf.-Regt. Nr. 20, am 15. Januar im Feldlazarett [illegible] an [illegible], Reiter Karl [illegible], geb. zu [illegible], früher Inf.-Regt. Nr. 56, am 20. Januar im Lazarett in Windhuk an Typhus.

Wie man Lehrer „zufrieden" macht. Der [illegible] „[illegible]" meldet: Auf Anregung des **Landrats** des Kreises [illegible] hatten zahlreiche Gemeinden eine **Erhöhung der Lehrergehälter** auf 1000 beziehungsweise 1500 Mk. beschlossen. Die Regierung zu **Düsseldorf** hat indessen sämtlichen Beschlüssen die Bestätigung **versagt.**

Kampf gegen Wahlversammlungen. Aus **Eisenach** meldet uns ein Telegramm: Zwei im Wahlkreise Eisenach einberufene **sozialdemokratische Versammlungen**, in welchen Frauen Vorträge halten sollten, wurden **verboten.** In der Stadt Eisenach [illegible] eine Versammlung [illegible].

Die herrliche Welt.

Was das Deutsche Reich alles für seine Arbeiter und Beamten tue, lesen wir jeden Tag in unzähligen Zeitungsnummern und Flugblättern. In Wahrheit leben die Millionen der Besitzlosen zeitlebens am Rande des Abgrunds, und wenn es ein Mißgeschick fügt, daß der Familie der Ernährer geraubt wird, so stürzen sie in den Abgrund, der durch Renten und Pensionen nicht überbrückt, sondern lediglich in seiner ganzen Furchtbarkeit beleuchtet wird. Die Bewunderer der heutigen Gesellschaftsordnung und insbesondere der deutschen Reichswohlfahrt, mögen folgende Gerichtsverhandlung lesen, die am Vorabend der Wahlen Berliner Blätter bringen:

„Ein trauriges soziales Bild entrollte eine Verhandlung die die zweite Strafkammer des Landgerichtes 1 in Berlin beschäftigte. Auf der Anklagebank mußte die Lehrerswitwe Julie B. Platz nehmen, um sich wegen Diebstahls zu verantworten. Es handelte sich um die Verzweiflungstat einer unglücklichen Mutter, die nur für ihre Kinder den Weg des Verbrechens betreten hatte. Die Angeklagte ist die Witwe eines Lehrers, der ihr außer einer mehr als kärglichen Pension nur Schulden hinterließ, die infolge von Krankheiten entstanden waren. Nach dem Tode ihres Mannes stand Frau B. allein mit ihren neun Kindern in der Welt. Sie nahm den Kampf mit dem Leben auf und saß Tag und Nacht an der Nähmaschine, um durch Mäntelnähen den Lebensunterhalt zu verdienen. In der höchsten Not ließ sich Frau B. verleiten, einen Ladendiebstahl zu begehen. Sie wurde wegen dieser Tat zu einer kleinen Gefängnisstrafe verurteilt. Nach diesem Fehltritt begann die Angeklagte von neuem für ihre Kinder zu arbeiten. Ihre geringe Kraft reichte jedoch nicht aus, und bald war Not und Elend der ständige Gast in der Familie. Als das Weihnachtsfest herannahte, war die Not am schlimmsten. Der kleine achtjährige Junge fror in seinem dünnen Mäntelchen ganz erbärmlich. Am nächsten Tage wurde Frau B. in einem Warenhause abgefaßt, als sie einen Knabenanzug für einen achtjährigen Knaben, den sie sich vorzeigen ließ, anziehen wollte. Die Festgenommene verteidigte sich händeringend, sie habe sich nur in der höchsten Not wieder hinreißen lassen, um von ihrem Kinde nicht mehr hören zu müssen, daß es friere. — Der Gerichtshof erkannte auf einen Monat Gefängnis."

Kleine politische Nachrichten.

Wie ein Telegramm meldet, beschloß die Hamburger Detaillistenkammer, dem Beispiele der Berliner Handelskammer folgend, bei der ständigen Tarifkommission der deutschen Eisenbahnen zu beantragen, daß die Milchbeförderung in Kesselwagen zugelassen werden solle, um die Zufuhr von Milch aus größeren Entfernungen zu ermöglichen. — Die Kieler Handelskammer beschloß den Bundesrat um Vorlegung eines Gesetzentwurfes über die Einführung des Postscheckverkehrs unter Errichtung möglichst vieler Annahmestellen zu bitten. — Dem Hauptkantor der jüdischen Gemeinde in Berlin, Aron Friedmann, ist der Titel „königlicher Musikdirektor" verliehen wurde. So gewinnt man die Juden für das Kaffernkartell. . . — In den ersten Tagen des Monats Februar wird dem preußischen Landtage der Entwurf des von der Mineralquellindustrie lang ersehnten Quellschutzgesetzes zugehen. — Der französische Senat verhandelte über das Finanzgesetz. Er lehnte auf Antrag seiner Kommission trotz des Widerspruches des Finanzministers Caillaux den von der Kammer beschlossenen Zoll auf Klaviere, Harmoniums und Orgeln ab. — Zum Chef der russischen Kriegsflotte ist der Generaladjutant Admiral Dickow ernannt worden. — Der Einwanderungs-Kommissar in San Francisco hat 200 japanischen Arbeitern die Erlaubnis, zu landen, verweigert.

Ausland.

Der Kampf Chinas gegen das Opium. Ein Telegramm berichtet aus Versailles: Die heute hier eingegangene chinesische Post berichtet, daß die Verordnung des Kaisers in China über die Unterbindung des Opiumhandels bereits ihre Früchte trägt. Etwa 4000 Opiumlokale sind bereits in der Provinz Petschili behördlich geschlossen worden. Eine Anzahl Opiumhändler weigert sich jedoch, dieser Verordnung nachzukommen, solange sie nicht eine angemessene Entschädigung für den ihnen zugefügten Schaden infolge der kaiserlichen Verordnung erhalten haben werden.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 24. Januar.

* **Wie sehr die Jugenderziehung der bürgerlichen Gesellschaft** versagt, das zeigt am besten die Statistik über die Kriminalität der Jugendlichen. Hatte sie im Jahre 1904 einen, wenn auch nicht besonders erheblichen Rückgang aufzuweisen, so ist die Straffälligkeit im Jahre 1905 wiederum in die Höhe gegangen. Nach der amtlichen Statistik sind im Jahre 1905 wegen Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze 51,232 Personen unter 18 Jahren verurteilt worden, gegen 49,993 im Jahre 1904. Sehr stark beteiligt sind die Jugendlichen am Diebstahl. Es sind wegen einfachen Diebstahls 20,673 (1904 20,038) und wegen schweren Diebstahls 4366 (3924) Jugendliche verurteilt, d. i. zusammen also 48,9 (48,0) v. H. aller überhaupt verurteilten Jugendlichen. Von allen wegen einfachen Diebstahls verurteilten Personen waren 23,9 (1904 24,0) v. H. jugendlich, von allen wegen schweren Diebstahls verurteilten sogar 31,9 (29,8) v. H. Auch bei einzelnen Sittlichkeitsverbrechen beträgt der Anteil der Jugendlichen 20 bis über 30 v. H. Bei der vorsätzlichen Brandstiftung steigt er bis auf 37,1 v. H. Ueber die Vorbestrafungen Jugendlicher erfahren wir nur bei einigen Delikten etwas. Unter den wegen Diebstahls Verurteilten waren nur 2,83 v. H. vorbestraft, gegen 3,06 im Jahre 1904, 3,28 im Jahre 1903 und 3,38 im Jahre 1902, so daß ein starker Rückgang stattgefunden hat, der im wesentlichen darauf zurückzuführen sein dürfte, daß ein großer Teil der bestraften Jugendlichen jetzt in Zwangserziehung gebracht wird. Denn so lange die jugendlichen „Rechtsbrecher" sich innerhalb der Anstaltsmauern befinden, ist ihnen natürlich die Gelegenheit zu stehlen so gut wie genommen, zu gleicher Zeit aber auch der Anlaß zum Diebstahl, denn in der Anstalt brauchen diese elendesten unter allen Kindern wenigstens nicht zu hungern. Und der Hunger, überhaupt die ganzen sozialen Verhältnisse, sind doch der letzte Grund für die Kriminalität der Jugendlichen. Oder warum überwiegen denn sonst die durch den Hunger erzeugten Eigentumsvergehen und die auf den erbärmlichen Wohnungsverhältnissen aufwuchernden Sittlichkeitsvergehen? Was immer die heutige Gesellschaft für Mittel ersinnen mag, der angeblich „zunehmenden Verrohung der Jugend" entgegenzutreten, harte Strafen, Zwangserziehung und andere Radikalmittel, sie haben alle gezeigt, daß es mit ihnen nicht möglich ist, sie zu beseitigen. Die Kriminalität der Jugendlichen ist und bleibt nun einmal ein Symptom der sozialen Zustände der heutigen Gesellschaftsordnung, und sie werden daher nur durch eine Besserung oder Aenderung dieser sozialen Zustände bekämpft werden können. Unsere bürgerlichen „Pädagogen" vom Schlage der Oertel und Konsorten wollen das natürlich nicht wahr haben, denn sonst müßte sich ihnen gar bald die Erkenntnis vom Bankerott der heutigen Gesellschaft erschließen.

* **Das Arbeitersekretariat Breslau** bleibt morgen, Freitag, der Wahl halber, geschlossen.

* **Achtung, Bewohner von Eckhäusern!** Es erscheint notwendig, darauf aufmerksam zu machen, daß manche Eckhäuser auf beiden Straßen in den Wählerlisten geführt werden, die Bewohner dagegen nur einmal; z. B. wird ein Teil der Bewohner des Hauses Kleine Scheitnigerstraße 5 unter Adalbertstraße 32 geführt. Die Wähler werden daher bei der Wahl auch die zweite Hausbezeichnung angeben müssen, wenn sie auf der zuerst angegebenen Straße nicht verzeichnet sind.

* **Auch die Schuhe werden teuer!** In der Neujahrs-Quartal-Versammlung der Breslauer Schuhmacher-Innung wurde u. a. darauf aufmerksam gemacht, daß die nicht unerhebliche Preissteigerung der Rohmaterialien eine noch weitere Erhöhung der Schuhwarenpreise unbedingt notwendig mache. Werden die Schuhfabrikanten an der Preissteigerung auch ihre Arbeiter teilnehmen lassen?

* **Hohe Barometerstände in Breslau.** Aus Anlaß des zurzeit bei uns herrschenden außerordentlich hohen Barometerstandes ist es vielleicht nicht ohne Interesse, einige Daten über hohen Luftdruck am hiesigen Orte zu anderen Zeiten bekannt zu geben. Nach dem hundertjährigen Mittel — abgeschlossen mit dem Jahre 1891 — war der höchste Barometerstand am 19. Januar 1882 mit 787,4 Millimeter, der niedrigste am 29. November 1854 mit 732,4 Millimeter. Den höchsten Barometerstand nach 1891, aber auch noch nicht an den heutigen heranreichend, war am 17. Januar 1903 mit 783,4 Millimeter bei einer Kälte von 12,35 Grad. Den höchsten Stand hat das Barometer am Mittwoch Vormittag erreicht mit 791,7 Millimeter und einer Kälte von — 21,4 Grad. Der normale Barometerstand in Breslau ist 762,64 Millimeter.

* **Die Kälte** verschafft verschiedenen Breslauer öffentlichen Instituten eine unverhoffte, starke Besucherzahl. So sind z. B. die Wärmehallen von Obdach- und Arbeitslosen gefüllt, desgleichen die Wartesäle und Korridore der Bahnhöfe, Lesehallen, Museen. Großer Andrang ist auch in den Volksküchen, Warenhäusern und auf den Gerichten.

* **Im Stadt-Theater** werden am Donnerstag die „Meistersinger von Nürnberg" von Richard Wagner wiederholt. (Anfang 7 Uhr.) Die Hauptpartien sind mit den Herren Günther-Braun, Dörwald, Reblopf, Lücke, Waldmann, Siewert und den Damen Widhalm und Reisch besetzt. Am Freitag findet ein einmaliges Gastspiel von Frl. Eva von der Osten statt. Die Künstlerin wird zum ersten Male in Breslau die Titelpartie in Gounods beliebter Oper „Margarete" singen. Den Faust singt Herr Trostorff. Am Sonnabend wird Beethovens große Oper „Fidelio" in den Spielplan aufgenommen. Am Sonntag geht Richard Wagners romantische Oper „Lohengrin" in Szene. — In Vorbereitung befindet sich Shakespeares „Sommernachtstraum" in vollständig neuer Einstudierung.

* **Im Lobe-Theater** wird das mit stürmischem Beifall aufgenommene Lustspiel „Husarenfieber" am Donnerstag in der bekannten Besetzung wiederholt. Am Freitag und am Sonnabend folgen Aufführungen von Lehars Operette „Die lustige Witwe".

* **Im Thalia-Theater** wird am Sonntag die Millöcker'sche Posse „Drei Paar Schuhe" wiederholt, welche am letzten Sonntage einen stürmischen Heiterkeitserfolg erzielt hat. Herr Plank spielt den Schuhmacher Flink, Frl. Mayerhofer die Leni. Der Vorverkauf findet am Sonnabend von 10—2 Uhr im Thalia-Theater statt. Als zweite Vorstellung in der laufenden Reihe wird Anton Ohorns Schauspiel „Der Abt von St Bernhard" am Freitag für Gruppe G und am Sonnabend für Gruppe H gegeben. An der Abendkasse sind Billette zu haben.

* **Vom Thalia-Theater** wird mitgeteilt: Wegen Heiserkeit des Weltreisenden Joachim Harms findet der für heute Donnerstag Abend angekündigte Projektionsvortrag nicht statt. Die bereits gelösten Billets werden an der Abendkasse zurückgezahlt.

* **Im Breslauer Schauspielhause** gelangt am Donnerstag der übermütige Schwank „Loulou" zur Wiederholung. Die Hauptrollen werden durch die Damen Salzmann, Riel, Tharau, Hastert, und die Herren Londa, Robert, Sennius, Mantel und Banksen dargestellt. Am Freitag wird auf vielfachen Wunsch die beliebte Straußsche Operette „1001 Nacht" wiederholt. Sonnabends geht die erfolgreiche Operette „Der Goldfisch", unter persönlicher Leitung des Komponisten Georg Jarno in Szene. Am Sonntag wird der Militärschwank „Im Sektquartier" gegeben, dem das dramatische Gedicht „Vor hundert Jahren" von Karl Biberfeld vorausgeht.

* **Wintervergnügen der Tapezierer.** In der heutigen „Volkswacht" zeigt der Verband der Tapezierer sein diesjähriges Wintervergnügen an. Schon seit einer Reihe von Jahren ist es bekannt, daß es die Tapezierer verstehen, für wenig Geld viel zu bieten. Auch dieses Fest (à la Münchener Oktoberfest) verspricht amüsante Stunden, wozu wir unseren Lesern die Beteiligung empfehlen dürfen.

* **Ein Dachstuhlbrand** von großer Ausdehnung suchte Mittwoch Mittag das Haus Jahnstraße 17 heim. Das Feuer soll beim Auftauen einer Wasserleitung zum Klosett entstanden sein. Es griff so schnell um sich, daß zwei Abmärsche der Feuerwehr an der Brandstelle eintreffen mußten. Herr Branddirektor Götz leitete die Löscharbeiten, die sich bei der scharfen Kälte schwierig gestalteten, aber dennoch glatt vonstatten gingen. Das Feuer zerstörte einen großen Teil der Dachkonstruktion und richtete auch sonst schweren Schaden an. Das vom Feuer heimgesuchte Haus ist ein Anbau des Kipke'schen Brauerei-Ausschankgebäudes auf der Friedrich-Wilhelmstraße.

* **Zusammenstoß zwischen Omnibus und Elektrischer.** Am Mittwoch Nachmittag gegen 2 Uhr wurde ein Omnibus von einem Motorwagen mit solcher Wucht angefahren, daß der dichtbesetzte Omnibus beinahe umstürzte. Der letztere wurde stark beschädigt, sonst aber von den Passagieren niemand ernstlich verletzt. Wer die Schuld an diesem Zusammenstoß hat, ist noch nicht festgestellt.

* **Leichenfund.** Am 22. d. M., Nachmittags, wurde bei der Mittelmühle die Leiche eines 45 Jahre alten Mannes aus der Oder gezogen. Die Leiche wurde nach der Anatomie gebracht.

* **In das Polizeigefängnis** wurden am 22. d. M. 29 Personen eingeliefert.

* **Gefunden wurden:** Ein Trauring, eine goldene Kravattennadel, ein goldenes Pincenez, ein goldener Ring und eine dunkelbraune Pelzboa.

* **Abhanden kamen:** Ein silbernes Kettenarmband, eine silberne Damenuhr mit Goldrand und einige Portemonnaies mit zum Teil erheblichem Inhalt.

* **Gestohlen wurden:** Aus einem Keller durch Einbruch mehrere Flaschen Wein; aus einem Geschäftslokal auf der Wa[illegible]straße 382 Mark sowie einige Zigarren, einem Kaufmann auf der Matthiasstraße eine Messingstange.

Mitteilungen aus den Gewerkschaften.

* **Das Bureau des Gemeindearbeiter-Verbandes** bleibt Freitag, der Reichstagswahlen wegen, geschlossen.

* **Achtung, Gasarbeiter aller vier Werke!** Hierdurch fordern wir Euch nochmals besonders auf, am Freitag sich den in der „Volkswacht" verzeichneten Wahlbureaus zur Verfügung zu stellen. Sowohl die Schicht, welche um 6 Uhr Morgens aus der Anstalt kommt, wie auch die Schicht, welche um 2 Uhr die Anstalt verläßt, können beide mithelfen, ja auch die dritte Schicht, die um 10 Uhr Abends antritt, kann mitwirken. Die Wahlzeit ist von 10 Uhr Vorm. bis 7 Uhr Abends. Also tue jeder seine Pflicht.

Der Vorstand der Filiale Breslau.

* **Metallarbeiter.** Das Bureau bleibt am 25. Januar, dem Wahltage, geschlossen. Die Auszahlung der Kranken-Unterstützung findet Sonnabend von 9—10 Uhr, die der Arbeitslosen von 12 bis 1 Uhr statt.

* **Deutsche Metallarbeiter-Kranken- und Sterbekasse.** Die Auszahlung des Krankengeldes findet wegen der am Freitag, den 25. Januar stattfindenden Reichstagswahl Sonnabend, den 26. Januar, Abends von 7 Uhr ab statt.

* **Achtung, Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter!** Die Generalversammlung des Verbandes findet Dienstag, den 29. Januar im „Goldenen Zepter" statt. Der Wahl halber bleibt das Verbandsbureau morgen Freitag geschlossen.

Aus Schlesien und Posen.

Groß-Tschansch, 23. Januar. Eine gut besuchte Volks-Versammlung fand am Dienstag hier im Lokale des Herrn Zappe statt, in welcher der Kandidat des Kreises, Genosse Oskar Schütz seine Programmrede hielt. Die nahezu zweistündigen Ausführungen riefen ungeteilten Beifall hervor.

Neukirch, 23. Januar. Es geht auch hier vorwärts! Die am Mittwoch in das Lokal von Gudermuth einberufene Versammlung war lange vor der festgesetzten Zeit überfüllt, in Scharen waren die Proletarier aus Neukirch und Umgegend mit ihren Frauen herbeigeströmt, um die Ausführungen unseres Kandidaten Genossen Oskar Schütz zu hören. In schonungsloser Weise ging der Referent mit der herrschenden Gesellschaft ins Gericht, deren Schwächen einerseits und Brutalität andererseits geißelnd. Nachdem der Genosse Stein noch anfeuernde Worte gesprochen ging die Versammlung mit einem brausenden Hoch auf die Partei auseinander.

Ratibor, 21. Januar. Das elende Los der Anwaltschreiber erhält eine grelle Beleuchtung durch ein Inserat, das wir im „Ratiborer Anzeiger" vorfinden. Es lautet:

> Junger Bureaugehilfe,
> der in den Anwalts- und Notariatskanzleigeschäften vollständig bewandert ist, in Kosten- und Zwangsvollstreckungssachen selbständig arb., perfekt polnisch spricht, zum sofortigen Antritt eventl. per 15. Februar oder 1. März gesucht. Gehalt 75 Mark. Bewerbungen mit Zeugnisabschriften unter H. P. 216 an den Ratiborer „Anzeiger".

Also für alle die verlangten Kenntnisse will der Rechtsanwalt sage und schreibe 75 Mark monatlich zahlen. Dabei wird der Vertreter des „Rechts" ein feines Geschäft machen. Wenn doch endlich einmal die Anwaltsschreiber zur Erkenntnis ihrer traurigen Klassenlage kommen möchten und sich genau so organisieren, wie es die industrielle Arbeiterschaft schon seit Jahrzehnten erfolgreich getan hat.

Posen, 22. Januar. Spotten ihrer selbst und wissen nicht wie. Das „Posener Tageblatt" und andere konservative Blätter drucken mit breitem Behagen eine Anzahl vertraulicher Briefe von polnischen Führern an einen Zeitungsverleger in Masuren ab, die die „Schlesische Zeitung" veröffentlicht hat und die diese Zeitung nur durch einen groben amtlichen Vertrauensbruch erhalten haben kann. Wie flennte doch gerade diese Sorte Presse über den „Vertrauensbruch", wenn sozialdemokratische und andere oppositionelle Blätter vertrauliche Briefe und Erlasse abdruckten, die ihnen ganz ohne ihr Zutun auf den Redaktionstisch flogen. Auch eine Moral!

Posen, 22. Januar. Material für die Polen. Vor der zweiten Strafkammer des Posener Landgerichts hatte sich der päpstliche Kammerherr, Prälat Klos, zu verantworten, gegen den auf Grund des § 110 des Strafgesetzbuch (Aufforderung zum Ungehorsam in drei Fällen) das Verfahren eingeleitet. Unter Anklage standen mehrere Artikel des „Katholischen Wegweisers", den der Angeklagte redigiert, und die sich mit dem Schulstreik befaßten. Der Angeklagte wurde in allen drei Fällen verurteilt, und zwar zu 400, 300 und 400 Mark, im ganzen also zu 1100 Mark Geldstrafe. Im letzten Falle hatte der Staatsanwalt nur 200 Mk. Geldstrafe beantragt, das Gericht ging jedoch über diesen Antrag hinaus und verurteilte den Prälaten zu der oben angegebenen Summe.

Versammlungen und Vereine.

Zentral-Verband der Schuhmacher. In der am Montag, den 21. Januar 1907, abgehaltenen Mitgliederversammlung gab zunächst Kollege Gottwald den Geschäfts- und Kassenbericht von 1906. Redner verwies noch einmal besonders auf die vier Lohnbewegungen im letzten Jahre, wobei ein Kollege wegen Bedrohung auf Grund des § 153 zu einer Woche Gefängnis verurteilt wurde. Die Agitation unter den Schoßarbeitern brachte noch nicht den erwünschten Erfolg, wohl ein Beweis dafür, daß diese Kollegen ihre mißliche Lage noch nicht erkannt haben. Aus dem Kassenbericht ist folgendes zu entnehmen: Die Einnahmen vom 4. Quartal betrugen 2530 25 Mark, die Ausgaben 1414.65 Mark, an die Hauptkasse wurden 1115.60 Mark gesandt, an Unterstützungen wurden im letzten Jahr 2519 12 Mark an die Mitglieder gezahlt. Die Mitgliederzahl stieg von 484 auf 723. In die Ortsverwaltung wurden gewählt: Bergander als Vorsitzender, Wolff, Stellvertreter, Gottwald, Kassierer, Paul, Schriftführer, als Revisoren Körner, Kirchhof und Weidlich, als Kartelldelegierte Grunow und Gottwald. Die Errichtung eines gemeinsamen Bureaus mit der Gauleitung wurde von den Mitgliedern abgelehnt. Beschlossen wurde im März das Stiftungsfest zu feiern. In überzeugender Weise sprach dann Kollege Gottwald über die Reichstagswahlen und forderte die Anwesenden auf, noch in den letzten Tagen zu Gunsten der Arbeiter-Kandidaten tätig zu sein; außerdem wurden 50 Mark zum Wahlfonds bewilligt. Zum Schluß beschäftigte sich Grunow noch einmal mit dem arbeiterfeindlichen Gebahren der Schuhfabrikanten Gottheiner sowie Kampe und Zätsch. Nach einem nochmaligen Hinweis auf die Notwendigkeit des Zusammenschlusses in der Organisation schloß der Vorsitzende die gut besuchte Versammlung.

Meteorologische Beobachtungen der Königlichen Universitäts-Sternwarte.

23. u. 24. Januar	Nachm. 2 Uhr	Abends 9 Uhr	Morgens 7 Uhr
Luftwärme (C.) . .	— 14,6	— 15,7	— 17,6
Luftdruck bei 0° (mm)	778,7	779,1	777,7
Dunstdruck (mm) . .	0,9	1,0	1,0
Dunstsättigung (pCt.)	65	76	89
Wind (0—12) . . .	O 2	SO 2	SO 2
Wetter	heiter	heiter	heiter

Verantwortlicher Redakteur: Robert Albert. — Redaktion und Expedition: Neue Graupenstr. 5/6. — Verlag von Oskar Schütz. — Druck von Th. Schatzky G. m. b. H. — Sämtlich in Breslau.
Hierzu 2 Beilagen.

Achtung! Wähler des Kreises Waldenburg!

Ein ernstes Wort in letzter Stunde!

Nur noch Stunden trennen uns von dem Augenblick, an dem das deutsche Volk an die Wahlurne schreitet, um über sein **Wohl** und **Wehe** zu beschließen, und kurz wollen wir allen Wählern noch einmal ins Gedächtnis rufen, um was es sich bei der diesmaligen Wahl dreht!

Es handelt sich **nicht bloß um die Kolonialpolitik** und **erhöhte Ausgaben** hierfür, es handelt sich auch um **neue Militär-** und **Flotten-** und namentlich auch um neue **Steuervorlagen;** es handelt sich weiter darum, daß die Politik **der Fleisch- und Lebensmittelverteuerung Trumpf** bleibt, daß die unteren Schichten der Bevölkerung, **der Arbeiter, Handwerker,** der kleine **Bauer, Kaufmann** und **Beamte** zugunsten einer Handvoll Großgrundbesitzer **geschröpft** und **ausgeplündert** wird; es handelt sich endlich darum, ob dem deutschen Volke das **allgemeine, gleiche, direkte** und **geheime Wahlrecht** erhalten bleiben soll oder nicht, ob Deutschland fortfahren soll, durch seine **reaktionäre innere Politik** der Gegenstand des Spottes und der Geringschätzung, um durch seine **provokatorische Militär-, Flotten- und auswärtige Politik** — die uns in der Welt isoliert hat — der Gegenstand der Abneigung, um nicht zu sagen des Hasses in der gesamten Kulturwelt zu sein.

Darum heißt es am Wahltage für alle: **An die Front! Keiner bleibe zu Hause!** Gebt alle Eure Stimme unserem bewährten bisherigen Vertreter

Hermann Sachse

der stets bewiesen hat, daß er allüberall unerschrocken und tatkräftig für die unteren Schichten des Volkes eingetreten ist, obgleich die Gegner ihm nachsagen, er habe noch nie etwas für die Arbeiter getan. — Wähler! Laßt Euch durch solche Unwahrheiten nicht verblüffen! — **Glück auf zur Wahl! Glück auf zum Sieg!**

339

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.
J. A.: H. Tauber.

Am 22. d. M. verschied nach kurzen schweren Leiden unsere liebe, gute Mutter, Schwiegermutter, Grossmutter, Schwester, Tante und Kusine, die verwitwete 349

Charlotte Bauer

im Alter von 61 Jahren.
Um herzliche Teilnahme bitten

Die trauernden Kinder.

Beerdigung findet Sonnabend, nachm. 2½ Uhr, von der Leichenhalle in Oswitz statt. Wagen stehen am Trauerhause nachm. 1½ Uhr, Wäldchen 18, zur Verfügung.

Todes-Anzeige.

Am 22. d. Mts. verstarb plötzlich infolge Unglücksfalls unser wertes Mitglied, der Kohlenarbeiter 350

Josef Wuttke

im Alter von 38 Jahren.
Das Andenken des Verstorbenen werden in Ehren halten
Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau der Handels-, Transport- u. Verkehrsarbeiter u. -Arbeiterinnen Deutschlands.

Beerdigung: Sonnabend, den 26. d. Mts., nachm. 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Oswitzer Friedhofes (Erlöser-Gemeinde).

Reichstagswahl! Reichstagswahl!

Zentralverbände der Maurer und Bauhilfsarbeiter Deutschlands.

Dringende Aufforderung in ernster Stunde

an die Kollegenschaft von Breslau u. Umgegend.

Im Interesse der Einheitlichkeit und mit Rücksicht darauf, daß in Folge der außergewöhnlich kalten Witterungsverhältnisse unsere Mitglieder am Tage der Reichstagswahl (den 25. Januar) wohl fast ausnahmslos nicht arbeiten können, empfehlen wir unseren wahlberechtigten Mitgliedern, bereits im Laufe des Vormittags ihr Wahlrecht auszuüben. 332

Von spätestens 2 Uhr an möge dann jeder Kollege, gleichviel ob er wahlberechtigt ist oder nicht, den Wahlkomitees der Sozialdemokratischen Partei sich bereitwilligst zur Verfügung stellen, vorwiegend jedoch in folgenden Lokalitäten sich melden:

1. Distrikt 15: **Gewerkschaftshaus**, Margaretenstraße 17,
2. „ 16: Restauration von **Hilbig**, Lehmgrubenstraße 50,
3. „ 14: „ „ **Langemann**, Vorwerksstraße 61,
4. „ 12/13: „ „ **Scholz' Erben**, Kl. Scheitnigerstr. 56,
5. „ 17: „ „ **Sowa**, Neudorfstraße 65,
6. „ 17: „ „ **Jenner**, Lohestraße 77,
7. „ 11: „ „ **Fritz**, Kreuzburgerstraße 15.

Kollegen, seid pünktlich und freudig auf dem Posten, helft mit zum Siege.

Die Lokalverwaltungen Breslaus.
J. A.: E. Widera. Alb. Langer.

Etablissement Schweizerhof
Schweizerstraße, Ecke Alsenstraße.
Sonnabend, den 26. Januar, abends 8 Uhr:

Grosses Faschingskränzchen

veranstaltet vom 344
Zentralverband der Schmiede Deutschlands
(Zahlstelle Breslau).
Vorführung des berühmten Wunderschwerters „Kutschi".
Entree im Vorverkauf: Herr m. Dame 60, einz. Dame 30 Pf.
„ an der Kasse: „ „ „ 75, „ „ 40 „
Zahlreichem Besuch sieht entgegen
Die Ortsverwaltung.

Achtung! Achtung!
Arbeiter-Radfahrer-Verein „Frisch Auf", Gräbschen.
Sonnabend, den 9. Februar 1907:

Grosser Maskenball

verbunden mit **radsportlichen Aufführungen** in „Wildes Etablissement", Gräbschenerstr. 74.
Entree: Im Vorverkauf Herren 50 Pfg., Damen 25 Pfg.
An der Kasse „ 60 „ „ 30 „
345 **Das Komitee.**

Sportsgenossen! Sonnabend, den 26. Januar 1907:
Außerordentliche Versammlung.
Das Erscheinen der Mitglieder ist Pflicht. Der Vorstand.

Wilhelmsburg. Heute Donnerstag: **Tanzkränzchen** Polonaise m. Gratisprämienverteilung 4500

Stadt-Theater.
Donnerstag. Anfang 7 Uhr:
„Die Meistersinger von Nürnberg".
Freitag:
Gastspiel
Eva von der Osten:
„Margarete".
Sonnabend:
„Fidelio".

Lobe-Theater.
Donnerstag:
„Husarenfieber".
Freitag:
„Die lustige Witwe".
Sonnabend:
„Die lustige Witwe".

Volks-Vorstellungen im Thalia-Theater.
[illegible]
„Der Abt von St. Bernhard".
[illegible]
„Der Abt von St. Bernhard".

Thalia-Theater.
[illegible]
„Drei Paar Schuhe."
[illegible]

Thalia-Theater.
[illegible]
Joachim Harms
[illegible]

Breslauer Schauspielhaus
Donnerstag:
„Lenion".
Freitag:
„1001 Nacht".
Sonnabend:
„Der Goldfisch".

Victoria-Theater
(Simmenauer Garten).
Breslau auf Stelzen.
Neues Programm.
Anfang 7½ Uhr.
[illegible]

Liebich's Etabl.
Das brillante Januar-Programm.
Anfang 7½ Uhr.

Zirkus Busch-
Gebäude, Luisenplatz.
The Royal Bio Co.
Heute Donnerstag und täglich 8 Uhr abends:
Große Vorstellung.
[illegible]
Grosse Gala-Vorstellung
[illegible]

Hosennäherinnen [illegible]

Mädchen [illegible]

Möbel Spiegel. Polsterwaren [illegible]

F. Pauer, Sandstr. 5.

---

4 elegante Damen-Masken [illegible] Krause, [illegible] 15. 341

Ich kaufe [illegible] Wahler, [illegible] 342

[illegible] 343

Höchst wichtig für Hausfrauen!
Feine Vanille-Stücken-Schokolade
[illegible]
Kinder-Konfekt
[illegible]
Konsum-Kakao
à ¼ Pfund 30 Pf.
Haushalt-Kakao
[illegible] 1,60 M.
Sahne-Kakao
[illegible] 1,40 M.
Sahne-Schokolade
[illegible]
Mokka-Schokolade
[illegible] 1,60 M.
Kandierter Kakao
[illegible] 25 Pf.
Kakao-Schalen
[illegible] 10 Pf.
Tee neuer Ernte
[illegible]
Grus-Tee
[illegible]
Wilhelm Boese
[illegible]
Breslau I., [illegible]

Kaffee
in ausgezeichneter guter Qualität
¼ Pfund nur 25 Pf.
Sonnenkaffee. ¼ Pfund 25 Pf.
Kakaopulver.
garantiert rein ¼ Pfund 25 Pf.
Schnittbohnen 2 Pfd.-Dose 27 Pf.
[illegible] à Stück 100 Pf.
Bresl. Getreidekaffee à Pfd. 50 Pf.
Franz Gröschel
Leuthenstr. No. 60. 3950

Hervorragend preiswertes Angebot für Tanzschuhe

339

Lackhalbschuhe	1,75, 2,00
Lastingschuhe	4,00
Doppelspang. L. Kalblack	6,00
gestickte Lack-Spangen	6,50
weisse Tanzschuhe	2,50
weisse Glacéleder-Spangen	4,00
Doppelspang. weiss Atlas	4,75
farbige Atlasschuhe	3,75

Ludwig Herz,
Breslau, Blücherplatz 4.

Der bisher unbesiegte
Hungerkünstler Original Riccardo Sacco
hungert
40 Tage und 40 Nächte
vom 24. Januar 1907 bis 5. März 1907 im
Palmengarten
(Kleiner Saal). (Kleiner Saal).
Einmauerung
Heute
Donnerstag, den 24. Januar, abends 9½ Uhr.

[illegible] 335

Tag und Nacht geöffnet.

Paul Zeisig's Brauerei
Telephon: [illegible] Friedrich-Wilhelmstr. 67. Telephon: [illegible]
Oekonomie: **Paul Presche**
[illegible] 346
Vorzügliche Küche zu soliden Preisen. — Gut gepflegte Biere.

Wilhelm Langner, Zigarren-Fabrik
Bismarckstraße 38 5699
[illegible]

Dös is 'mal woas anders! Im Breslauer „Gewerkschaftshaus", Margaretenstraße 17
am Sonnabend, den 26. Januar 1907:

Grosser Masken-Rummel ohne Maskenzwang **à la Münchener Oktober-Fest**

arrangiert vom Tapezierer-Verbande, Breslau. 338

[illegible] Original-Münchener [illegible] u. s. w. Origineller Umzug.

Dös wird a Gaudi! Einlass 7 Uhr. Herr und Dame 75 Pfg. Dame 40 Pfg. Anfang 8 Uhr.

Beilage zu Nr. 21 der „Volkswacht“.

Freitag, den 25. Januar 1907.

Zur Arbeit am Wahltage

hat sich jeder Parteigenosse einzustellen, der irgendwie abkommen kann. Insbesondere werden solche Genossen in großer Zahl gebraucht, welche am Wahltage Nachmittags

das Schleppen der säumigen Wähler

zu besorgen haben. Damit eine gehörige Verteilung der Kräfte eintreten kann, werden die Genossen aufgefordert, sich am Wahltage zur Schlepparbeit in folgenden Lokalen zu stellen:

Wahlkreis Breslau-Ost:

Distrikt 18. **Hartmann, Retzerberg 7.**
„ 10. **Schwob, Blücherstraße 10.**
„ 11. **Fritz, Krenzburgerstraße 15.**
„ 12/13. **Scholz' Erben, Kleine Scheitnigerstraße 56.**
„ 14. **Langemann, Vorwerksstraße 61.**

Distrikt 15. **Gewerkschaftshaus, Margaretenstraße 17.**
„ 16. **Hilbig, Lehmgrubenstraße 50.**
„ 17. **Sowa, Neudorfstraße 65.**
„ 17. **Jenner, Lohestraße 77.**

Wahlkreis Breslau-West:

Distrikt 19. **Herrmann, Antonienstraße 24.**
„ 1. **Jorntz, Sadowastraße 63.**
„ 2. **Kuhnert, Augustastraße 19.**
„ 3. **Schwarz, Gräbschenerstraße 73.**
„ 4. **Hönig, Leuthenstraße 3.**

Distrikt 6. **Jahn, Anderssenstraße 10.**
„ 7. **Löjekrug, Leuthenstraße 62.**
„ 8. **Fiebig, Mehlgasse 50.**
„ 9. **Kreutziger, Weißenburgerstraße 38.**

Die Genossen melden sich zur Schlepparbeit in demjenigen Lokale, das in ihrem Distrikt liegt; von hier aus erhalten sie die Anweisung in ein bestimmtes Wahllokal.

Parteigenossen! Ihr wißt, was auf dem Spiele steht.

Seid pünktlich auf dem Posten!

Alte Wische.

Das Wahlfeld ist gegen 1903 erheblich verschoben: Opposition und regierende Partei haben ihre Rollen vertauscht. Aber die Wahllügen sind, soweit sie gegen die Sozialdemokratie gerichtet sind, ruhig, als wenn gar nichts geschehen wäre, aus dem Jahre 1903 hinübergenommen. Nur nichts umkommen lassen! Die Fälscher der „geistigen“ Wahlmittel verfahren wie die Krämer, die bei patriotischen Festtagen gewisse Gebrauchsartikel aus den alten Beständen wieder hervorholen, und wenn die Gelegenheit vorüber, die nicht verkauften Waren wieder verpacken und bis zur nächsten Wiederkehr im Dunkel lassen. Wahllügen unterscheiden sich aber dadurch von gutem Wein, daß sie durch das Lagern nicht besser werden.

Durch die Blätter aller bürgerlichen Parteien, der reichsverbändlerischen, wie des heute so unnationalen Zentrums, der Freisinnigen, Nationalliberalen und Konservativen, vor allem aber in den Flugblättern für **Hatzfeld** und **Pfundtner** wird gegenwärtig wieder der Wahlwisch von 1903 geschleift, der die folgende schwarze Liste sozialistischer Schandtaten enthielt. Die Sozialdemokratie habe gestimmt:

1883 gegen die Kranken-Versicherung,
1884 gegen die Unfall-Versicherung,
1889 gegen die Invaliditäts- und Unfall-Versicherung,
1890 gegen das Gesetz betr. Einführung der Gewerbe-Gerichte,
1891 gegen das Arbeiterschutzgesetz,
1892 gegen die erste Börsensteuer-Vorlage,
1895 gegen das Börsengesetz,
1895 gegen das Gesetz zur Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs,
1890 gegen das erste Gesetz zur Bekämpfung des Wuchers,
1894 gegen das verschärfte Gesetz zur Bekämpfung des Wuchers,
1896 gegen das Bürgerliche Gesetzbuch.

Es ist nicht leicht, in einer anscheinend so ehrlichen und nüchternen Zahlentabelle so viel Schwindel und Unsinn anzuhäufen. Obwohl schon 1903 der Wisch von unserer Seite aus so zerzaust worden ist, daß nichts mehr übrig blieb, hat man ihn unverändert wieder hervorgeholt. Zum Teil stimmen nicht einmal die Jahreszahlen. Das Börsengesetz und das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb stammen nicht aus dem Jahre 1895, sondern 1896. Und das zweite Wuchergesetz datiert nicht von 1894, sondern von 1893. Daß aber heute noch Zentrumsblätter, wo doch die Partei selbst durch Ablehnung eines ihr nicht vollständig behagenden Gesetzes den Vorwurf der Vaterlandslosigkeit gegen sich gelenkt hat, der Sozialdemokratie einen Vorwurf darüber machen, daß sie schlechte Gesetze ablehnt, gerade dann, wenn sie sozialreformerisch sich spreizen, sollte man nicht für denkbar halten. In Wahrheit hat die Sozialdemokratie seit dem Jahre 1867 unausgesetzt sozialpolitische Anträge gestellt, und wenn die Mehrheit des deutschen Reichstags nicht bereit gewesen wäre, selbst die elendesten Flickgesetze anzunehmen, so wäre heute die deutsche sozialpolitische Gesetzgebung schon weit vollkommener. Solche Kompromisse, wie sie die sozialpolitische Gesetzgebung gestaltet haben, verhindern geradezu gute Gesetze. Das hat sich bei der letzten Berggnovelle in Preußen klar gezeigt. Indem das Zentrum den Entwurf der Regierung in der Verdungung der Konservativen und Nationalliberalen mit den Bestimmungen, die es selbst vorher als unannehmbar bezeichnet hatte, schließlich annahm, schlug es den Bergarbeiterschutz im Reiche tot und verhinderte, daß der Reichstag unter dem Einfluß des allgemeinen Wahlrechts eine gründlichere Reform durchsetzte. Es waren Zentrumsarbeiter, die von dem durch die Verräterei des Zentrums durchgeschmuggelten preußischen Gesetz erklärten, daß es den Arbeitern Steine statt Brot gegeben habe.

Die Heuchelei des Vorwurfs gegen die Sozialdemokratie ist um so krasser, als auch das Zentrum und die Konservativen gegen einzelne dieser sozialpolitischen Gesetze gestimmt haben, aber nicht, weil sie ihnen nicht genug boten, sondern im Gegenteil, weil man diese kümmerlichen Reformen bereits für zu weitgehend erklärte. So hat die große Mehrheit des Zentrums und viele Konservative gegen das Invaliditäts-Gesetz gestimmt, weil die Ausdehnung der Versicherung auf die Landarbeiter und der Arbeiterschutz ihnen nicht gefiel. Es war das Zentrum, das es zu verhindern gesucht hat, daß die Landarbeiter in die Versicherung einbezogen würden. Umgekehrt hat die Sozialdemokratie dagegen gestimmt, weil das Gesetz gar zu mangelhaft war. Hätten sich die bürgerlichen Parteien dem Verlangen der Sozialdemokraten angeschlossen, und die Gesetze der Quacksalberei und der Stümperei abgelehnt, so hätte man nicht das bessere verhindert.

Gegen die Börsengesetze hat die Sozialdemokratie teils gestimmt, weil sie den Zweck der Steuerverwendung, den Militarismus, nicht wollte, teils, weil sie der Absicht widerstrebte, einem Gesetze zur Steigerung des Brotwuchers zuzustimmen. Gegen das Gesetz über den unlauteren Wettbewerb mußte die Sozialdemokratie ganz selbstverständlich stimmen, weil es die Angestellten bei Verrat von Geschäfts- und Betriebsgeheimnissen nicht nur zivilrechtlich, sondern auch strafrechtlich bedrohte. Gegen die Wuchergesetze aber hat die Sozialdemokratie überhaupt nicht gestimmt, sondern sie hat sie angenommen, obwohl sie sich über ihre Wertlosigkeit vollständig klar war. Die Beschwerden, daß die Sozialdemokratie gegen das Bürgerliche Gesetzbuch gestimmt hätte — das ja einigermaßen durchaus rückständig ist — nimmt sich besonders ehrlich in dem Munde der Konservativen aus, die dies Gesetz schon daran scheitern lassen wollten, wenn dem kleinen Bauern Ersatzansprüche für den Hasenschaden zugebilligt würden.

Die ganze sozialpolitische Gesetzgebung ist veranlaßt worden einmal durch die Furcht vor der Sozialdemokratie, und dann direkt durch die Anregungen der Sozialdemokratie. Als 1877 die sozialdemokratische Fraktion einen Arbeiterschutzentwurf vorlegte, wurde offiziös erklärt, man könne auf solche Vorschläge unmöglich eingehen, wenn man nicht die Anmaßung und Begehrlichkeit der Arbeiter noch weiter steigern wolle. Erst aus Furcht vor der revolutionären Gährung, die das Sozialistengesetz hervorrief, entschloß sich die Regierung 1881, das erste sozialpolitische Gesetz, das die Versicherung einiger Arbeiterkategorien gegen Unfälle vorsah, im Reichstage einzubringen. Der freisinnige Führer Bamberger erklärte damals, Bismarck habe dies Gesetz nach dem Diktat Bebels gemacht, und er sprach die Hoffnung aus, der Reichstag werde sich die sozialistischen Elemente nicht aneignen, welche darauf bestünden, daß das Reich zu einer allgemeinen Armenversorgungsanstalt gemacht und die Finanzkraft des Reiches zu diesem Zwecke herangezogen werden soll. Gegen die Reichszuschüsse war auch der Führer der **Konservativen** und der Führer des Zentrums. Eugen Richter aber warnte die Regierung, bei den Wahlen die Frage der Arbeiterversicherung breit zu treten, die Freundschaft mit diesem Gesetz könnte für manche der Herren bedenklich werden. Es war eigentlich nur Bebel, der sich dem Gedanken der Arbeiterversicherung grundsätzlich anschloß, und dieser Vorkämpfer der Sozialdemokratie erklärte schon am 4. April 1882, daß seine Partei bereit sei, der Regierung nach besten Kräften zu helfen, die positiven Bestrebungen, die zur Bekämpfung der Sozialdemokratie durch diesen Gesetzentwurf erreicht werden sollen, zu **fördern**, damit sie zu einem gedeihlichen Ziele kommen.

Bei dem ersten sozialpolitischen Gesetz der deutschen Regierung wurde demnach bereits von der Sozialdemokratie die grundsätzliche Zustimmung zur sozialpolitischen Gesetzgebung erklärt, während die bürgerlichen Parteien einschließlich der Konservativen und des Zentrums darin eine sozialdemokratische Erfindung und eine Entlehnung der Regierung aus den sozialistischen Forderungen sahen.

Der ungenauen, gefälschten und unsinnigen Liste des Wahlblocks gegen die Sozialdemokratie wurden von unserer Seite bereits 1903 die **wirklichen** Leistungen der Sozialdemokratie auf sozialpolitischem Gebiete entgegengehalten.

1867. Erster sozialdemokratischer Arbeiterschutz-Gesetzentwurf (Zehnstundentag rc.) im norddeutschen Reichstage; wurde **infolge der Interesselosigkeit der bürgerlichen Parteien nicht zur Verhandlung gestellt.**

1877. Sozialdemokratischer Arbeiterschutz-Gesetzentwurf (Zehnstundentag, für Frauen und Jugendliche Achtstundentag, Verbot der Nachtarbeit und Sonntagsarbeit, Verbot der Arbeit von Kindern unter 14 Jahren, obligatorische Gewerbegerichte, Reichs-Arbeitsinspektoren rc.). **Infolge Interesselosigkeit und Feindseligkeit der bürgerlichen Parteien unerledigt geblieben.**

1878. **Ausnahmegesetz gegen die Sozialdemokratie** von den bürgerlichen Parteien beschlossen. **Zölle und Verbrauchssteuern** in Höhe von 235½ Millionen Mark durch die bürgerlichen Parteien beschlossen.

1883. Sozialdemokratische Verbesserungsanträge zum Krankenversicherungsgesetz von den bürgerlichen Parteien abgelehnt.

1884. Sozialdemokratischer Arbeiterschutz-Entwurf (ähnlich den Forderungen von 1877) **infolge der Interesselosigkeit und Feindseligkeit der bürgerlichen Parteien unerledigt geblieben.**

1884. Sozialdemokratische Verbesserungsanträge zum Unfallversicherungsgesetz durch die bürgerlichen Parteien abgelehnt.

1889. Sozialdemokratische Verbesserungsanträge zum Alters- und Invalidenversicherungsgesetz durch die bürgerlichen Parteien abgelehnt.

1890. 91. Sozialdemokratische Arbeiterschutzanträge zur Gewerbenovelle: insbesondere Zehnstundentag vom 1. Januar 1891, Neunstundentag vom 1. Januar 1898 Achtstundentag. Von **allen** bürgerlichen Parteien zu Fall gebracht.

1891. Sozialdemokratischer Antrag: Zehnstündiger Arbeitstag für Frauen — abgelehnt.

1891. Sozialdemokratischer Antrag: Schutz der nicht in Fabriken beschäftigten Kinder — abgelehnt.

1891. Das **Koalitionsrecht** der Arbeiter unter das **Ausnahmestrafgesetz** des § 152 der Gewerbeordnung gestellt.

1891. Seeleute, Dienstboten, ländliche Arbeiter, Arbeiter in Staatsbetrieben vom **Koalitionsrecht ausgeschlossen.**

1895. **Umsturzgesetz gegen die Arbeiterbewegung** scheitert nur, weil das Zentrum noch weiter gehen und auch die liberale Kunst und Wissenschaft knebeln wollte.

1895. Sozialdemokratischer Antrag auf **Aufhebung der Salzsteuer.** Abgelehnt durch Konservative, Zentrum, Nationalliberale, Antisemiten. — Ansturm der Konservativen gegen den winzigen Schutz der Bäckereiarbeiter.

1897. Geheimer **Streikerlaß** des Grafen Posadowsky an die Unternehmer-Organisationen zur Vorbereitung des Schutzes der Streikbrecher („Arbeitswillige“). — Sozialdemokratischer Arbeiterschutzantrag: Achtstundentag für alle Arbeiter im Gewerbe-, Industrie-, Handels- und Verkehrswesen. Von **sämtlichen** bürgerlichen Parteien **abgelehnt.**

1898. Sozialdemokratischer Antrag auf **Einführung einer progressiven Reichseinkommensteuer** auf Einkommen über 6000 Mark, aus welcher der Mehrbedarf der Marine über 117½ Millionen Mark pro Jahr gedeckt werden soll. Von den bürgerlichen Parteien abgelehnt.

1899. **Zuchthausgesetz** zur völligen Vernichtung des Koalitionsrechtes der Arbeiter, insbesondere von Konservativen, teils auch von Nationalliberalen eifrig befürwortet. Nur durch erregte Gegenbewegung der Arbeiterschaft verhindert.

1899. Sozialdemokratische Anträge auf **Verbesserung und Sicherung des Koalitionsrechtes**, Ausdehnung auf Landarbeiter, Seeleute, Arbeiter in staatlichen Betrieben, Dienstboten, Sicherstellung gegen die landesgesetzlichen Vereinsgesetze, Strafandrohung gegen Unternehmer, welche Ausübung des Koalitionsrechtes verhindern. — **Alles von den bürgerlichen Parteien abgelehnt.**

1900. Sozialdemokratischer Antrag zum Handlungsgehilfenschutz auf Schluß der offenen Verkaufsstellen von Abends 8 Uhr bis Morgens 6 Uhr abgelehnt.

1900 folgte sozialdemokratische **Notstandsinterpellation**; gesetzliche Verkürzung der Arbeitszeit, **Arbeitslosenunterstützung** gefordert. Völliges Versagen der bürgerlichen Parteien.

1900 folgten sozialdemokratische Anträge und Gesetzentwürfe: Zehnstundentag und weitere Kürzung bis auf acht Stunden; Reichsarbeitsamt; Verbesserung der Gewerbegerichte; Gesetz zur Regelung des Wohnungswesens; Schutzbestimmungen für Arbeiterinnen, besonders Schwangeren und Wöchnerinnen. Freies Vereins- und Koalitionsrecht; Reichsberggesetz. Bis auf geringe Kleinigkeiten **alles durch die bürgerlichen Mehrheitsparteien** verhindert bezw. nicht zur Beratung zugelassen, da Brotwuchergesetze rc. die Zeit ausfüllten.

1900. Sozialdemokratischer Antrag: Mehrkosten der Flottenvorlage durch Reichseinkommensteuer zu decken. Von den bürgerlichen Parteien abgelehnt.

1903. Sozialdemokratische Resolution zum Etat: Zehnstundentag rc. (wie Antrag von 1893), Ausgestaltung der Fabrikaufsicht, Heranziehung von Erwählten der Arbeiter und Ausdehnung auf Heimarbeit, Landwirtschaft. **Von allen bürgerlichen Parteien abgelehnt.**

Zur Abrechnung mit den Volksfeinden am 25. Januar.

(Material zur Reichstagswahl.)

Für das allgemeine Wahlrecht.

Die geistige Schutztruppe der Herren Bülow und Dernburg, die in ebenso lächerlicher wie würdeloser Art jetzt auf der südwestafrikanischen Dattelkiste den kolonialen Matschiche tanzt, reicht bis in die Reihen der äußersten Linken der sogenannten Intellektuellen. Selbst die Simplicissimus-Leute sind vom Dernburgkoller erfaßt und beweisen damit, wie selbst die aufgeklärtesten Intelligenzen in Deutschland und die schärfsten Spötter über herrschende Zustände politisch von einer Harmlosigkeit sind, die eben nur daraus zu erklären ist, daß man in Deutschland noch nicht den Anfang eines öffentlichen politischen Lebens hat.

Der Hottentottenlärm der Fünfzehn-Mark-Dinergäste deutscher Kunst und Wissenschaft ist so aufdringlich, daß die ernsteren Vertreter deutscher Bildung dagegen nicht aufkommen können. Immerhin existieren solche würdigen Vertreter deutscher Wissenschaft, die wenigstens so viel Selbstbewußtsein und Ernst haben, daß sie sich nur gerade dann zusammenrotten, wenn eine Wahrheit und die deutsche Kultur auf nationale Weise totgeschlagen werden soll. Um wenigstens dem Ausland zu zeigen, daß die deutsche bürgerliche Wissenschaft nicht völlig verblödet ist, [illegible]

Intellektuellen verhöhnten allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts erinnern, die vor einigen Jahren in der „Ethischen Kultur“ veröffentlicht worden ist. Damals führte der Nachfolger Friedrich Albert Langens an der Universität Marburg, Hermann Cohen, aus:

„Unterschiede in der intellektuellen und moralischen Gleichwertigkeit, welche die Anteilnahme an der Konstituierung des Staatswillens beschränken könnte, sind nicht anzuerkennen. Das Rechtssubjekt ist als solches intellektuell und moralisch gleichwertig. Die intellektuelle Gleichheit bedeutet die Gleichartigkeit und Normalität“. . . . (Auch dürfte die politische Intellektualität kein sehr geeigneter Gegenstand für eine Staatsprüfung sein, bei der zweifellos so ziemlich sämtliche deutsche Professoren der Gegenwart jämmerlich durchfallen würden. Anmerkung d. Red.).

„Sogar moralisch sind alle Staatsbürger gleichwertig. Moralische Wertunterschiede sollte auch der Richter nicht machen; so wenig als der Psychiater dies tut. Das Rechtssubjekt beruht auf seiner geistigen Normalität. In dieser ist für unser menschliches Wissen die moralische eingeschlossen. Auch die herrschenden Klassen haben keine geringere moralische Qualität, **wenngleich sie eine ausgiebigere politische Veranlassung zum Unrecht besitzen.** Ohnehin ist durch die Wissenschaft und Philosophie diese Ungleichheit im Rechtsgefühl einigermaßen ausgeglichen.

Von „Klügeren und Besseren“, von „Minderwertigen“ beim Wahlrechte zu reden, ist nicht gerechtfertigt. Die Minderwertigen sind doch der allgemeinen Wehrpflicht würdig. Sie sollen doch und zwar nicht als Söldner, den Staat verteidigen, als ihr Vaterland. Der Staat des Vaterlandes darf keinen Unterschied machen zwischen der gleichen Wehrpflicht und dem gleichen Wahlrecht. **Das Wahlrecht unterscheidet den Wehrpflichtigen vom Söldner.**

Die mildernden Einwendungen haben Sie nicht erwähnt, wie die Unterschiede in der politischen Reife. Das ist der grundsätzliche Irrtum, **daß der Mensch reif und selbständig werden könnte auf anderem Wege als durch seine selbständige Mitwirkung am Staate,** und in erster Linie an der Mitwirkung des Staatswillens. Es ist dies die größte Gefahr, welche durch die gangbare Vorstellung von der Religion herbeigeführt wird, als ob sie allein, ohne Recht und Staat, den Menschen zur sittlichen Mündigkeit zu bringen vermöchte. **Das gleiche Wahlrecht ist das exakte Mittel der sittlichen Volkserziehung.“**

Beeinflussung der Beamten.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, das bekannte und anerkannte Organ der Regierung, veröffentlicht einen Aufruf, in welchem den Beamten eine ganze Liste von Parteien angeführt wird, die sie nicht wählen dürfen. Zieht man alle Parteien ab, die der Beamte nicht wählen soll, so bleiben nur **Konservative, Nationalliberale, Antisemiten und Freisinnige** übrig. Das sind die lieben Söhne, an denen man eben ein Wohlgefallen hat.

Der Aufruf des Regierungsblattes ist ein wertvoller Fingerzeig für jeden Beamten, der sich nicht in die Sklaverei der offiziösen Wahlmacher begeben, und ihren unverschämten Angriff auf seine Wahlfreiheit gebührend zurückweisen will. Der Beeinflussungsversuch der „Nordd. Allgem. Zeitung“ ist umso dümmer, als doch nach dem geheimen Wahlrecht die Stimmabgabe der Beamten nicht kontrolliert werden kann.

Jeder Beamte, auch der Beamte a. D., hat nach dem Regierungsplan die **„Verpflichtung“, gegen die Sozialdemokratie zu wählen.**

Aus dem preußischen [illegible] in die Sprache freier Bürger übertragen, heißt das:

Ein Beamter hat die Bürgerpflicht, sozialdemokratisch zu wählen, um gegen unzulässige Wahlbeeinflussung zu protestieren.

Partei-Angelegenheiten.

Sündenregister der Presse. Verworfen wurde die Revision des Genossen Wilhelm Schmidt von der Frankfurter „Volksstimme“ gegen ein Urteil des Landgerichts Frankfurt a. M., das ihn wegen Beleidigung des Bürgermeisters zu Griesheim mit 500 Mark Geldstrafe belegte. Inkriminiert war ein Artikel der „Volksstimme“, in dem behauptet wurde, die Wahlzeit bei der Ersatzwahl zur Gemeindevertretung in Griesheim vom 11. Juli 1904 sei statt bis 8 Uhr nur bis auf 5 Uhr Abends ausgedehnt worden, um die Arbeiter von der Wahl abzuhalten. Darin hat das Gericht die Beleidigung des Bürgermeisters erblickt. Die Verschiebung der Wahlzeit mehr auf die Tagesstunden, so heißt es in dem Urteil, geschah nur deshalb, weil bei der vorigen Wahl am Abend tumultuarische Szenen vorgekommen waren, wegen deren die Wahl sogar vorzeitig abgebrochen wurde. Es haben allerdings 50 bis 60 Wähler weniger gewählt, aber zum Teil nur, weil die Arbeiter nicht noch einmal einen halben Arbeitstag einbüßen wollten.

Daß die Arbeiter durch den frühen Schluß der Wahlhandlung nicht benachteiligt worden seien, kann das Urteil natürlich nicht beweisen. Das Reichsgericht verwarf die Revision, weil das Landgericht ganz richtig festgestellt habe, daß der Angeklagte keine berechtigten Interessen gewahrt habe. Der Angeklagte sei weder Wähler noch Kandidat in Griesheim gewesen. Redakteure von Parteiblättern haben, wie das Reichsgericht wiederholt ausgesprochen hat, keinen Anspruch auf den besonderen Schutz des § 193.

Arbeiterbewegung.

Streik der Straßenbahner in Paris. Sämtliche 700 Bediensteten der Pariser Süd-Trambahn sind Dienstag in den Ausstand getreten, weil den Remisen- und Gleisarbeitern die Bezahlung des halben Lohnes für den wöchentlichen Ruhetag verweigert wurde.

Der Streik in Fougeres. In Fougeres wird jetzt verhandelt — verhandelt auf der von den Arbeitern geforderten Basis: Anerkennung der Gewerkschaft. Das ist sicher ein überaus bedeutender Erfolg. Er ist unmittelbar dem Eingreifen der parlamentarischen Untersuchungskommission zu danken, im wesentlichen aber der Erschöpfung der Unternehmer und ihrer Hoffnungslosigkeit, die Arbeiter doch noch unterzukriegen. Die Bemühungen der Arbeiterschaft, den Tarif mittelst eines kollektiven Arbeitsvertrages zu regeln, sind allerdings vorläufig resultatlos geblieben, da die Unternehmer ihre ursprüngliche Zusage wieder zurückgezogen haben. Es wird jetzt mit jeder einzelnen Werkstätte verhandelt — ein umständliches und für eine Einigung wenig günstiges Verfahren. Die „Gelben“ aber haben ihren Lohn schon dahin. Die Unternehmer haben sie selbst von den Verhandlungen ausgeschlossen, da hinter ihrer Gewerkschaft niemand steht.

Die Einigung der italienischen Eisenbahner-Organisationen. Die Urabstimmung unter den organisierten Eisenbahnern ergab 23,393 Stimmen für und nur 489 Stimmen gegen die Verschmelzung beider Organisationen in eine einzige. Die bisherigen Verbände „Sindacati dei Ferrovieri“ und der „Riscatto“ hören somit von heute an auf, zu existieren. An ihre Stelle tritt eine einheitliche Organisation. Beide Verbände sind seit dem Eisenbahnerstreik stark zurückgegangen; 1905 zählte der Riscatto noch 32,770, die Sindacati 21,550 Mitglieder, deren Zahl im Jahre 1906 auf 12,000 und 12,750 zusammengeschmolzen war. Mögen der endlich unter einer Fahne vereinigten Schar neues Wachstum und neue Siege beschieden sein!

Russische Revolution.

Dokumentarisches zur Intimität zwischen Regierung und Pogromorganisatoren.

Der Gouverneur von Ufa hat nach der Mitteilung der „Birschewija Wedomosti“ an den Hauptrat des Verbandes des russischen Volkes zu Händen des zweiten Vorsitzenden Purischkewitsch ein „vertrauliches“ Schreiben unter Nr. 5003 gerichtet, dessen Text wir wörtlich wiedergeben: Geehrter Herr, Wladimir Mitrofanowitsch! Vor einigen Tagen traf in Ufa der Kleinbürger Topoleff aus Minsk ein, der bei mir erschien und erklärte, er sei vom Verband des russischen Volkes nach Ufa abkommandiert und bitte mich um Beistand. Ich legte dem Polizeimeister nahe, Herrn Topoleff zur Erfüllung der ihm [illegible] jede gesetzliche Hilfe zu erweisen. Herr Topoleff aber lehnte die Hilfe der Polizei ab, und zwar auf Grund dessen, daß der Polizeimeister katholisch sei. Es wurde ihm, damit er die Einwohner der Stadt mit den Zielen des Verbandes des russischen Volkes bekannt machen könne, der Vorschlag gemacht, unter Beobachtung der gesetzlichen Bestimmungen eine Versammlung einzuberufen; er forderte aber, daß sämtliche Beamten, [illegible] Angehörigen [illegible] Versammlung nicht zugelassen werden sollten, und begann [illegible] die von ihm mitgebrachten [illegible] zu verteilen. Außerdem führte er sich sehr taktlos auf, sowohl mir gegenüber als auch bei der Ausführung der ihm vom Verbande übertragenen Aufgabe. — Nachdem Herr Topoleff dem Polizeimeister, zu dem er von mir geschickt worden war, [illegible] hatte, kam er [illegible], so daß er von der Straße aufgelesen und mit Polizeihilfe zur Ernüchterung gebracht werden mußte; nachdem er nüchtern geworden war, betrank er sich aufs neue und wurde wiederum aufs Polizeirevier gebracht. Außerdem macht Herr Topoleff auch durch sein Aeußeres einen höchst abstoßenden und unangenehmen Eindruck. In Anbetracht des Dargelegten erschien diese Person in dem Maße verdächtig, daß ich mich gezwungen sah, telephonisch bei dem Rat des Verbandes anzufragen, ob Topoleff tatsächlich von dem Verbande abkommandiert sei. — Obgleich ich dem Verbande des russischen Volkes, seinen Zielen und Aufgaben die tiefste Sympathie entgegenbringe und zu jeder Zeit bereit bin, ihm den vollsten Beistand angedeihen zu lassen, so finde ich zu gleicher Zeit, daß eine solche Person, wie Herr Topoleff, durch ihre taktlosen Handlungen der Sache, welcher der Verband dient, viel Schaden bringen wird, worüber Ihnen zur gefl. Kenntnisnahme zu berichten ich für meine Pflicht halte. — Ich bitte Sie, den Ausdruck meiner Hochachtung und aufrichtigsten Ergebenheit entgegenzunehmen. (Folgt Unterschrift des Herrn Gouverneurs von Ufa.) Als Antwort wurde vom zweiten Vorsitzenden des Verbandes M. Purischkewitsch folgendes Telegramm abgesandt: „Ufa. Gouverneur. Aufrichtigen Dank für die Mitteilungen. Habe Topoleffs Vollmachten rückgängig gemacht. Purischkewitsch.“

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 24. Januar.

Dem letzten Rufe zum Sammeln,

den die sozialdemokratische Wahlleitung an die Breslauer Arbeiterschaft hatte ergehen lassen, waren viele Tausende von Wählern gefolgt. Trotz der scharfen Kälte waren die zehn in den verschiedenen Teilen der Stadt gelegenen Versammlungslokale besetzt, zum Teil überfüllt. Was will einer solchen Massenbeteiligung gegenüber die von unserem Gegner über den grünen Klee gelobte Erscheinung besagen, daß es den fünf bürgerlichen Parteien gelungen ist, wirklich einmal einen Saal zu füllen. Ueberall war die Begeisterung groß; es war eine Lust zu sehen, wie aus den Augen der Männer und Frauen der Arbeit die Kampfesfreude blitzte. Wir erhalten im einzelnen folgende Berichte:

In der Scala

hielt Reichstagskandidat für Breslau-West, Genosse **Bernstein**, vor der versammelten Menge eine Ansprache, die nach dem stürmischen Beifall, der seinen Ausführungen gezollt wurde, zu urteilen, einen starken Eindruck auf die Zuhörer gemacht hat. Bernstein hob hervor, daß die gegnerischen Kandidaten von allem, aber nicht von den großen nationalen Fragen gesprochen haben, die das deutsche Volk berühre. Geflissentlich haben sie es vermieden, auf die Steuer- und Zollfragen näher einzugehen. Der Kampf der Gegner sei überhaupt kein ehrlicher, er würde sich gern mit seinem Gegenkandidat Aug in Aug ausgesprochen haben, aber das sei nicht möglich gewesen. Gegner würden in diese Versammlungen garnicht zugelassen, die Empfindlichkeit kenne keine Grenzen: spricht ein Gegner etwas länger, als den Herren lieb ist, dann werde bald von der Rohheit der Sozialdemokraten gesprochen, mit denen nicht auszukommen sei. Die Gegner glauben auch damit einen Trumpf auszuspielen, daß sie in die Welt hinausschreien, die Sozialdemokratie komme mit ihrem Programm und mit ihren wahren Zielen nicht heraus. Wie oft die Unwahrheit dieser Behauptung nachgewiesen worden sei, komme man doch damit immer wieder. Die Sozialdemokratie sei eine so große gewaltige Bewegung, daß sie nichts zu verheimlichen brauche, sie trete unerschrocken und mit großer Energie ohne Ansehen der Konfession für die Allgemeinheit ein.

Nach den Ausführungen des Genossen Bernstein ergriff Genosse **Schlegel** noch das Wort, um in längeren, von allgemeiner Zustimmung begleiteten Ausführungen die Angriffe unserer Breslauer Kartellgegner zurückzuweisen.

Bei Milde

war der große Saal ebenfalls voll besetzt. Genosse **Kaul** ging hier mit den in den Versammlungen, in der Presse und den Flugblättern der Gegner gegen die Sozialdemokratie vorgebrachten Verdrehungen und Verleumdungen scharf ins Gericht, oft von den Zustimmungskundgebungen der Anwesenden unterbrochen. Während des Vortrages erschien, lebhaft von der Versammlung begrüßt, der Kandidat des Kreises, Genosse **Bernstein**, der noch einmal in begeisterten Ausführungen die Arbeiterschaft aufforderte, bis zur letzten Stunde ihre Pflicht zu tun, damit wir am Abend des 25. Januar ein frohes Siegesfest feiern könnten. Genosse **Mehol** als **Vorsitzender** richtete noch besonders an die Frauen die dringende Mahnung, ihre Männer anzuspornen und anzufeuern, damit ja nicht eine Arbeiterstimme verloren gehe. Mit einem brausenden Rufe auf die Sozialdemokratie fand die Versammlung ihr Ende.

Auf der Schweire.

Die weiten Räume des Etablissements „Deutscher Kronprinz“, Kurzegasse, waren um 8 Uhr dicht gefüllt; weder auf den Galerien, noch im Saale war ein Stuhl unbesetzt und die Spätkommenden mußten zu Hunderten stehen. Das Referat hielt Genosse **Henlisch**. In [illegible], oft von Beifall unter-

Stadt-Theater.

„Undine“ v. Lortzing.

[illegible]

Aus aller Welt.

[illegible]

[illegible] leben und Verkehr einwirkt. — Eine Kindertragödie spricht aus den folgenden Zeilen des **Berliner** Schularzt-Berichts: „Bei einem Mädchen, das dem Schularzt als schwangerschaftsverdächtig zugewiesen wurde, wurde der Verdacht bestätigt. Einige Tage später hat sich das Mädchen mit Lysol vergiftet.“ — Wie der „Vogtländische Anzeiger“ aus **Mylau** meldet, ist Dienstag früh die [illegible] mechanische Kammgarnweberei Gebrüder Chevalier bis auf die Umfassungsmauern niedergebrannt. Zwei Arbeiterinnen sind in den Flammen umgekommen, ein Weber ist schwer verletzt. 200 Arbeiter sind brotlos. — Dienstag Morgen schoß in einem **Münchener Hotel** ein Offizier seiner Ehefrau und dann sich selbst eine Kugel in den Kopf. Die Frau ist so schwer verletzt, daß sie kaum mit dem Leben davonkommt, der Offizier selbst leichter. — In der vergangenen Nacht wurde der 30jährige Drechsler Karl Schoppenhauer in **Frankfurt a. M.** von einem Privatwächter in der Stadt bewußtlos aufgefunden. Schoppenhauer, der vor einiger Zeit aus einer Irrenanstalt in Berlin entsprungen war, hatte einen epileptischen Anfall bekommen und konnte auf der Straße infolge der Kälte nicht weiter. Er wurde in ein Krankenhaus gebracht. — In [illegible] fiel eine Frau während eines epileptischen Anfalls auf den glühenden Ofen und wurde in gräßlicher Weise bei lebendigem Leibe geröstet. — Der Berner Schnellzug überfuhr bei der Station Belp mehrere Arbeiter, zwei von ihnen wurden getötet, einer schwer verletzt. — Die [illegible] wurde bei einem Bahnübergang vom Zuge erfaßt. Der [illegible] wurde schwer verletzt. Der Kutscher, der unverletzt blieb, führte die Pferde in den Stall und erhängte sich darauf. — Dienstag Nacht haben **zwei Schwestern**, die [illegible] sich von ihrer im dritten Stock belegenen Wohnung in den Hofraum hinabgestürzt, wo sie verstümmelt liegen blieben. — Im Fundbureau des St. [illegible] bahnhofes in **London** wurden in einem Koffer die Leichen zweier Kinder entdeckt. Eine Untersuchung wurde eingeleitet. — Dienstag Nacht [illegible] wurde in **Chieti, Teramo** und [illegible] ein starkes Erdbeben wahrgenommen, das acht bis zehn Sekunden dauerte, aber keinen Schaden anrichtete. — [illegible] Schneefall. Der Verkehr ist unterbrochen. Viele Gebirgsgemeinden sind vom Verkehr völlig abgeschnitten. Ein derartiger Schneefall war seit [illegible] Jahren in Italien nicht mehr zu verzeichnen.

[illegible]

Goethe.

brochener Rede wie er scharfe Kritik an der Hochflut von Verdächtigungen und Verleumdungen, die jetzt über die Sozialdemokratie in der Gestalt von Artikeln, Reden und Flugblättern hereingebrochen ist. Lauter Jubel erhob sich im Saale, als um 9¾ Uhr der Kandidat des Kreises erschien, um zu einer kurzen, kernigen Ansprache das Wort zu nehmen. Genosse Bernstein kennzeichnete in großen Zügen die Situation im Reiche und forderte zum Schluß auf, am 25. Januar mehr als sonst auf dem Posten zu sein, damit nach wie vor das Banner der Sozialdemokratie über der Hauptstadt Schlesiens wehe. Nachdem der Vorsitzende, Genosse Philipp, die Anwesenden zu energischer Schlepparbeit am Wahltage aufgefordert hatte, endete die imposante Versammlung mit einem Hoch auf die internationale, völkerbefreiende Sozialdemokratie.

Im Ballhofe.

Hier hatten sich die Genossen und deren Frauen in großer Anzahl eingefunden. Genosse Dr. Landsberg hatte das Referat übernommen und ging in seinen Ausführungen mit den Gegnern und deren in letzter Zeit verbreiteten Flugblättern scharf ins Gericht. Insbesondere verurteilte er das Gebahren des Freisinns, der sich immer mehr dazu hergebe, das letzte Fünkchen von Demokratie von sich zu werfen. Reicher Beifall lohnte die trefflichen Ausführungen des Referenten. Der Vorsitzende schloß die Versammlung mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie.

Im Bergkeller

referierte vor gut besuchtem Hause Genosse Mehrlein. Redner besprach vor allem die gegnerischen Flugblätter und zerpflückte deren Inhalt unter fortgesetztem Beifall der Besucher. Besonders die Reden im Vincenzhaus, speziell die Bendersche nahm sich Mehrlein unter die Lupe. Er wies nach, daß vor 1903, der Tätigkeit des Gemeindearbeiter-Verbandes so gut wie nichts für die städtischen Arbeiter geschehen sei, daß der Magistrat 15 Jahre gebraucht habe um die in den kaiserlichen Erlassen vom Februar 1890 schon empfohlenen Arbeiterausschüsse zu schaffen. Ebenso wurde von Mehrlein die angebliche Begehrlichkeit der Arbeiter gestreift und nachgewiesen, daß vor der Tätigkeit des Gemeindearbeiter-Verbandes noch Löhne unter dem ortsüblichen Tagelohn gezahlt worden sind pp. Die Ausführungen fanden allseitigen Beifall.

In der Diskussion meldete sich ein Herr Thomas zu Wort, der in äußerst konfuser Weise für eine Beseitigung aller Fraktionen, Gründung einer neuen Partei, Ständewahlrecht pp. eintrat. Auch seien die Kolonien gut, denn Thomas habe einen Freund, der es aus sicherer Quelle wisse usw. Es war natürlich Mehrlein ein Leichtes dem Querulanten zu erwidern und erregte die Abfuhr Thomas durch Mehrlein oft wahre Heiterkeitsstürme.

Noch einmal ergriff Herr Thomas das Wort um zu erklären, daß er [illegible], daß er sich blamiert habe, aber es sei eben seine erste Rede, auch sei er bereits alt. Mehrlein erwiderte prompt, daß es nicht auf die Form der Rede, sondern auf den Inhalt ankomme. Er empfahl Herrn Thomas in Zukunft sich erst vorzubereiten ehe er rede, oder aber lieber das alte Wort zu beherzigen „Lasse meistens andere reden, denn Dein Quatsch ist nicht vonnöten.

Damit war der Schluß der interessant verlaufenen Versammlung gekommen, der unter begeisternden Hochs auf die Sozialdemokratie und Genossen Bernstein erfolgte.

In der Scheitniger Vorstadt

war der Saal der „Fürstenkrone" bis zum letzten Platz gefüllt. Hier hielt Genosse Dark, oft von lebhaftem Beifall unterbrochen, eine scharfe Abrechnung mit den Volksfeinden und der Regierung. Es folgte eine kurze Diskussion. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. Am Schluß der Versammlung traf noch Genosse Tutzauer im Saale ein und wurde mit lebhaftem Jubel empfangen. Er hielt noch eine kurze anfeuernde Ansprache, um dann zur nächsten Versammlung weiter zu eilen. Unter begeisterten Hochrufen auf Tutzauer und die Partei nahm die Versammlung ihr Ende.

Im Gewerkschaftshause

hatten sich trotz der großen Kälte etwa 1200 Personen eingefunden, um noch einen letzten Mahnruf des Kandidaten des Ostkreises, Genossen Franz Tutzauer, entgegenzunehmen. In seinem 1½stündigen Vortrage ging Redner mit der gesamten Reaktion, vom Konservativen bis herab zu den Freisinnigen, scharf ins Gericht. Er geißelte mit treffenden Worten die Pläne der Wahlrechtsverschlechterer. Die wiederholt von Beifall unterbrochenen Ausführungen gipfelten nur in dem Wunsch, daß am Wahltage jeder seine Pflicht tun müsse, dann kann es nicht passieren, daß uns das Mandat, das wir nun 16 Jahre im Besitz haben, entrissen wird. Der lebhafte Beifall am Schluß bewies, wie sehr der Redner den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen hatte. — In der Diskussion zerpflückte Genosse Fren die Flugblätter unserer Gegner und schloß ebenfalls mit dem Wunsche, daß am Wahltage das rote Banner wie vorher über Breslau wehe.

Der Vorsitzende, Genosse Widera, feuerte zum Schluß zu reger Wahlarbeit an und schloß die Versammlung mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie.

Im „Tivoli"

war der große Saal bereits um 8 Uhr vollständig gefüllt. Als um 8¼ Uhr die Versammlung eröffnet wurde, mochten gut 1100—1200 Personen anwesend sein. Auch eine ganze Anzahl Angehöriger der bürgerlichen Parteien waren mit Justizrat Marfuse und anderen erschienen. Hier hatte Genosse Albert das Referat. Nach seiner Rede erschien gegen ½11 Uhr, von der Versammlung lebhaft begrüßt, Genosse Tutzauer, um noch eine kurze Ansprache an seine Wähler zu halten, die stürmischen Beifall fand. Gegner meldeten sich trotz wiederholter Aufforderung nicht zum Wort. Mit brausenden Hochs auf die Sozialdemokratie und ihren Kandidaten gingen die Versammelten auseinander.

Im Etablissement „Wilhelmshöhe",

vor dem Strehlener Tor, referierte der Genosse Th. Müller. Seine etwa zweistündigen Ausführungen fanden lebhafte Zustimmung. Gegner meldeten sich nicht zum Wort. An der Diskussion beteiligten sich die Genossen Ulbrich, Fuchs und Scholz im Sinne des Referenten. Nach einem kernigen Schlußworte Müllers erfolgte der Schluß der imposant verlaufenen Versammlung mit einem dreifachen Hoch auf die Sozialdemokratie. — Außer den beiden überwachenden Beamten war noch eine größere Anzahl Polizeibeamte in einem Nebenraume postiert. Eine völlig überflüssige Fürsorge!

Bei Daniel, Berliner Chaussee 118/19,

war der große Saal recht gut gefüllt. In der Nähe, nämlich im Lokale des Herrn Wollin sollte der Zentrumskandidat für den Breslauer Landkreis, Graf Henckel von Donnersmarck, sich dem Volke präsentieren. Einige unserer Genossen hatten sich nun weiße Binden umgelegt und vor dem Lokale postiert, indem sie jedem Besucher mitteilten, bei Daniel finde gleichfalls eine von sozialdemokratischer Seite einberufene Versammlung statt. Trotzdem unsere Genossen sehr ruhig und höflich auftraten, wurden sie doch polizeilich notiert. Natürlich kann ihnen dadurch nichts geschehen.

Die Sache hatte aber außerdem eine spaßige Seite. Unsere Genossen hatten dem Grafen einen Teil seiner Zuhörer weggekapert. Wie uns zuverlässig mitgeteilt wird, mußte der Herr Graf seine sicher gut auswendig gelernte Rede vor nur einigen Dutzend Männlein halten. Da die Einnahme an Bier, Grog usw. nur ca. 5 Mk. betrug, kann das schon stimmen. Den Anwesenden mochten nun doch Zweifel aufsteigen, ob der Herr Graf als Sieger aus dem Kampfe hervorgehen würde. Nun, ein Graf „forcht" sich nicht, auch wenn er mal einen „Durchfall" bekommt.

Bei Daniel sprach Genosse Radlof über das bekannte Thema. In der Diskussion nahmen einige Genossen das Wort, die insbesondere das arbeiterfeindliche und lügnerische Verhalten des sogenannten Freisinns gebührend beleuchteten.

Genosse Wellner schloß dann die Versammlung mit einem Hoch auf unsere Partei.

Erfreulicherweise waren die Frauen recht zahlreich erschienen.

Heute ist Waffenruhe. Morgen aber werden die Arbeiterbataillone, die wir gestern zu vielen Tausenden noch einmal mustern konnten, zum letzten Entscheidungskampfe ausziehen. Möge ihnen der Sieg werden!

Durchlaucht als „Arbeiterkandidat".

Der Bezirkspräses und die Präsiden der hiesigen Katholischen Arbeitervereine — die Herren Ansorge, Gröschner, Hoffmann, Hösl, Schütte, Stenzel, Unterlauf und Zimbal — erlassen an ihre Mitglieder einen Aufruf, in dem sie diesen für Breslau-Ost als den geeigneten Kandidaten empfehlen. Also, eine Durchlaucht, einen Fraktionsfreund der Koalitionsfeinde, Brotverteuerer und Scharfmacher Stumm, Kardorff und Arend, macht man zum Arbeiterkandidaten! Und im Westkreis gehen die Arbeitervereinsführer sogar noch weiter als die Zentrumsleitung, die für Herrn Pfundtner keine Wahlparole ausgeben will, weil er nicht ganz kulturkampfsrein erscheine. Die Führer der katholischen Arbeiter aber fordern direkt zur Wahl des Herrn Geheimrats auf, nur aus Haß gegen die Sozialdemokraten.

Mögen sie, auch unter den katholischen Arbeitern gibt es schon eine große Zahl, bei denen das Klassenbewußtsein zu stark geworden ist, als daß sie in einer Durchlaucht und in einem Geheimrat einen Arbeiterkandidaten erblicken könnten. Aber wir sind auch der Ueberzeugung, daß einmal der Tag kommen wird, wo die übrigen heute noch mit Blindheit geschlagenen katholischen Arbeiter zur Erkenntnis erwachen werden, daß auch der politische Kampf ein Klassenkampf.

Die Hausagrarier rennen Sturm gegen die Wertzuwachssteuer.

Wir hatten bereits in der vorigen Woche, als wir mitteilten, daß der Magistrat die Einführung der Wertzuwachssteuer beschlossen habe, angekündigt, daß unter den Herren Hauspaschas sich ob dieses „Attentats" auf das heutige Privateigentum ein fürchterliches Schreien erheben würde. Nun hat der Sturm begonnen. In einer am Dienstag Abend im Café Restaurant abgehaltenen außerordentlichen Mitglieder-Versammlung des Breslauer Haus- und Grundbesitzervereins behandelte der Vereinssyndikus Justizrat Dr. Epstein in längerem Vortrage die Frage: „Ist die vom Magistrat geplante und für 1907 mit einer Million Mark etatierte Wertzuwachssteuer auf Grundstücke für Breslau gerechtfertigt?" Der Redner führte, nach der „Schles. Ztg.", u. a. aus, daß eine Wertzuwachssteuer, um in Breslau eine Million zu erbringen, sehr hohe Sätze und rückwirkende Kraft haben, daß sie bebaute und unbebaute Grundstücke treffen müsse und daß es keine Entschädigung bei Verlusten an Grundstücken geben könne. Mit Rücksicht hierauf beantragte er folgende Resolution, die nach kurzer Erörterung einstimmig angenommen wurde:

1. „Es wird erwartet, daß die Stadtverordneten-Versammlung es ablehnt, über die Einführung der Wertzuwachssteuer, eine Vorlage von der weittragendsten Bedeutung, mit derjenigen Schnelligkeit zu beraten, wie sie bei gleichzeitiger Beratung mit dem für den 1. April d. J. fertigzustellenden Stadthaushaltsetat notwendig wäre. Zur Begründung wird darauf hingewiesen, daß die Beratungen in der Berliner Stadtverordneten-Versammlung und deren Ausschüssen bereits schon seit dem 14. Januar 1906, also seit Jahr und Tag dauern, ohne bisher zu einem abschließenden Resultat geführt zu haben. Es wird daher erwartet, daß bei Feststellung des Etats der mit 1 Million Mark bereits für das Steuerjahr 1907 angesetzte Betrag der Wertzuwachssteuer ohne weiteres ausgeschaltet wird.

2. Die Einführung einer Wertzuwachssteuer unterliegt in allen Fällen den erheblichsten Bedenken. Sie ist jedenfalls solange ungerecht, als sie a) auf städtische Grundstücke beschränkt wird und nicht gleichzeitig den Wertzuwachs bei ländlichen Grundstücken, Bergwerken und dergl. und auch bei beweglichem Vermögen umfaßt, b) nicht an die Stelle aufzuhebender Belastungen des Grundbesitzes, sondern neben diese Belastungen tritt und c) Verluste nicht erstattet bezw. zur Ausgleichung zugelassen werden. Eine Wertzuwachssteuerordnung ist in jedem Falle auch insoweit ungerecht, als sie einen Wertzuwachs versteuern will, der vor dem Inkrafttreten der Steuerordnung eingetreten ist. Wird trotz aller Bedenken nur vom städtischen Grundbesitz eine Wertzuwachssteuer erhoben, so hat sie sich in jedem Falle auf unbebaute Grundstücke zu beschränken.

3. Die derzeitige, durch den hohen Prozentsatz leerstehender Wohnungen, die erhöhten Hypothekenzinsen, durch übermäßige Anforderungen der Behörden, insbesondere der Baupolizei, durch hohe steuerliche Belastung herbeigeführte, überaus ungünstige Lage der Eigentümer von Hausgrundstücken in Breslau, welche abgesehen von der Einkommensteuer und deren Zuschlägen und von der Umsatzsteuer jede Werterhöhung durch die „Grundsteuer nach dem gemeinen Werte" bereits versteuern, muß dahin führen, zurzeit von jeder Mehrbelastung des Breslauer Hausbesitzes abzusehen. Es muß dieserhalb, sowie aus den zu 2 angeführten Gründen und, da die Einführung der Wertzuwachssteuer in Breslau, wie der Etat ergibt, ohne Anrechnung auf die bisherige Belastung, insbesondere ohne Anrechnung auf die Umsatzsteuer, offenbar auch mit rückwirkender Kraft, eingeführt werden soll, mit aller Entschiedenheit gegen die projektierte Einführung der Wertzuwachssteuer Protest eingelegt werden."

Das sind Gründe, wie sie die Besitzenden stets dann vorbringen, wenn sie ihren vollen Geldbeutel auch nur ganz wenig zum Wohle der Allgemeinheit leichter machen sollen. Die Frage über Zweckmäßigkeit und Zulässigkeit der Wertzuwachssteuer ist schon so eingehend in der Oeffentlichkeit erörtert worden, dazu liegen bereits eine ganze Reihe praktischer Erfahrungen vor, daß wirklich nicht einzusehen ist, warum die Breslauer Stadtverordneten die Steuer nicht — wenn auch neben dem Etat — bis zum 1. April erledigen sollen. Den Herren Hausbesitzern ist es eben nur um eine Verschleppung zu tun. Aehnlich liegt es mit den „schwerwiegenden" Bedenken. Die Klage von der Ueberbelastung des Grundbesitzes ist zu alt, als daß sie auf kühl erwägende Politiker irgend welchen Eindruck machen könnte. Von solchen Gründen werden sich die Breslauer Stadtverordneten in ihren Entschließungen nicht beeinflussen lassen, — das heißt, wenn sie nicht selber Hausbesitzer wären.

Das Submissionswesen und die Breslauer Bildhauer.

Eine öffentliche Versammlung der Bildhauer, Steinmetzen und Stukkateure fand am Montag Abend in den Union-Sälen, Neuscheitstraße, statt, die sich mit dem herrschenden Submissionswesen befaßte. Der Vorsitzende teilte mit, daß außer dem Oberbürgermeister Bender eine Reihe Mitglieder des Magistrats, sowie Vertreter der Architekten und Bildhauermeister-Vereinigungen geladen seien, von denen leider nur Herr Bildhauer-Obermeister Andres erschienen war, während Herr Stadtbaurat Plüddemann schriftlich um Zustellung der eventuellen Beschlüsse ersucht hatte. Bildhauer Brandt beleuchtete in längeren Ausführungen die Schäden des heutigen Submissionswesens, die schon vor sechs Jahren dazu führten, bei verschiedenen Behörden vorstellig zu werden. Auch der Referent gehörte zu jener Kommission, doch habe er schon damals die Erfahrung machen müssen, daß leider bei den zuständigen Körperschaften das Verständnis für die Lage der Petenten fehle. War es doch gerade Herr Stadtbaurat Plüddemann, der damals in einer Unterredung behauptete: in Breslau gäbe es nur Steinmetzen und keine Bildhauer. Obwohl die Tatsache, daß die vier Figuren unseres Stadtverordneten-Saales mit großen Kosten in Italien gefertigt wurden, um dann von hiesigen Bildhauern nachgearbeitet zu werden, eigentlich abschreckend wirken müßte, werden doch, wie der Referent in einer Reihe von Fällen nachwies, fast alle größeren städtischen und Privatbauten nach auswärts vergeben. Dadurch wird aber den hiesigen steuerzahlenden Angehörigen der drei Berufe die Arbeitsmöglichkeit entzogen. An der Hand von Zahlen legte Brandt dar, daß demzufolge eine riesige Arbeitslosigkeit zur ständigen Einrichtung geworden sei. Da nun in Kürze eine ganze Reihe von größeren Arbeiten zur Vergebung gelangen werden, so die Kaiserbrücke, Sänger-Festhalle, Dom-Renovation, Markthallen usw., so müsse heute schon auf die zuständigen Körperschaften, speziell auf den Magistrat, eingewirkt werden, damit endlich mit dem herrschenden System gebrochen und auch den arbeitslosen hiesigen Berufsangehörigen etwas Arbeitsgelegenheit gesichert werde.

Die Ausführungen der Diskussionsredner bewegten sich in derselben Richtung, daß hier etwas geschehen müsse, sollen nicht wieder eine ganze Reihe von Familienvätern gezwungen werden, den Staub ihrer Heimatstadt von den Füßen zu schütteln. Herr Bildhauer-Obermeister Andres bestätigte, daß unter dem Submissionsunwesen nicht nur Gehilfen, sondern auch die Meister zu leiden haben, und daß auch von dieser Seite bisher vergeblich versucht wurde, unsere Stadtväter zu veranlassen, bei Vergebungen auf die hiesigen Steuerzahler diejenige Rücksicht zu nehmen, wie solche schon in einer Anzahl Gemeinden geübt werde. — Nachdem eine fünfgliederige Kommission gewählt worden war, die bei den Behörden um Berücksichtigung der vorgebrachten Wünsche vorstellig werden soll, fand folgende Resolution Annahme:

„Die heut in den Union-Festsälen versammelten Bildhauer, Steinmetzen und Stukkateure erklären nach ausgiebiger Debatte, daß das bis jetzt gepflogene Submissionswesen der städtischen Behörden eine große Schädigung darstellt. Die Tatsache, daß fast alle Vergebungen nach auswärts an den Mindestfordernden erfolgen, zwingt den größten Teil unserer Berufsangehörigen zu mehrmonatlanger Arbeitslosigkeit. Nicht nur vom moralischen, sondern auch vom rechtlichen Standpunkte kann verlangt werden, daß die aus allgemeinen Steuermitteln bezahlten Arbeiten auch von hiesigen Steuerzahlern gefertigt werden, damit diese ihren Verpflichtungen gegen Familie, Kommune und Staat nachkommen können. Daher erwartet die Versammlung, daß die Submissionsbedingungen einer Aenderung unterzogen werden, dahin, daß die Bewerber vor allem hiesige Arbeitskräfte zu den tariflichen Bedingungen einstellen müssen, oder daß man sich entschließe, die Arbeiten der Kommune in eigener Regie ausführen zu lassen. Da die beste Garantie für gute Arbeitsbedingungen jedoch eine starke Arbeiter-Organisation ist, so verpflichten sich die Anwesenden, für Stärkung ihrer Berufsorganisation Sorge zu tragen."

Eine Palastrevolution in der Tischlerinnung.

Die Tischler-Innung hielt am Montag in Meraners Lokal, Mauritiusplatz, ihre erste Quartalsversammlung für das Jahr 1907 ab. Dieselbe begann mit einer aufregenden Szene, die durch Herrn Martin Kimbel verursacht war. Herr Brettschneider verlas ein Schreiben des Magistrat, worin die Innung aufgefordert wird, sich über die Beschwerde einiger Innungsmitglieder bei der Handwerkskammer zu äußern. Die Mitglieder hätten ihr Befremden darüber ausgesprochen, daß Herr Obermeister Florian, der sein Handwerk schon längst aufgegeben und „Destillateur" geworden sei, trotzdem noch immer seines Amtes als Innungsobermeister walte und Vertrauensposten bei der Innung bekleide. Die Mitglieder forderten ein Eingreifen der Aufsichtsbehörde. Außerdem hat Herr Kimbel ein Schreiben an den Innungsvorstand, zu Händen des Herrn Brettschneider, gerichtet, in welchem Herr Florian als Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei bezeichnet wird, der nicht mehr würdig sei, Obermeister einer Innung zu sein. Es solle ihm dieses Amt abgenommen und er überhaupt aus der Innung ausgeschlossen und ihm, damit er für seine Freveltat empfindlich getroffen werde, alle Ehren- und Vertrauensämter entzogen werden. Herr Florian sei ein Mann, der schon längst mit der Sozialdemokratie geliebäugelt hätte und der noch schließlich „Streikleiter" werden und die Innung empfindlich schädigen könne. Dieses Schreiben rief in der Versammlung eine große Erregung hervor. Herr Kimbel erklärte, seinen Antrag begründen zu können. Er brachte so krauses Zeug gegen die Sozialdemokratie vor, daß es sich wirklich nicht verlohnt, darauf einzugehen, einer solchen Partei, meinte Herr Kimbel, leistete Herr Florian Schlepperdienste. Er berief sich dabei auf eine Notiz in der „Volkswacht". Was ist nun an der Sache wahr? Nun, bei der Stadtverordnetenwahl hatte die Partei auch in Florians Schankwirtschaft ein Bureau eingerichtet, und da müsse nach der Ansicht des scharfsinnigen Herrn Kimbel Herr Florian doch Vertrauensmann der sozialdemokratischen Partei sein und deshalb solle ihn eine schwere Strafe treffen. Selbst dem durchaus patriotisch gesinnten Tischlermeister Müller waren diese sinnlosen Vorwürfe zuwider und er gab dies auch deutlich zu erkennen. Aber man sieht, welches Unheil die Wahltreibereien der Gegner bei Leuten vom Schlage des Herrn Kimbel anrichten können, aber nicht zu ihrem Nutzen. Herr Kimbel holte sich bei seinen Kollegen eine Blamage, wie sie wohl einem Innungsmitgliede noch nicht zuteil geworden ist. Einstimmig wurde ihm ein Mißtrauensvotum ausgestellt, während die Versammlung erklärte, daß Herr Florian stets das Interesse der Innung wahrgenommen und für sie eingetreten sei. Herr Florian bleibe Obermeister. In diesem Sinne ergeht auch die Antwort an die Aufsichtsbehörde. Herr Florian selbst lehnte es ab, sich gegenüber Herrn Kimbel zu verteidigen, er gab aber eine Erklärung ab, die an Schärfe nichts zu wünschen übrig ließ. Gegen derartige boshafte Verleumdungen sei Verachtung die beste Antwort. Ob trotz alledem Herr Kimbel als Mitglied der Innung verbleiben wird?

Einen letzten Husarenritt,

um Herrn Pfundtner herauszuhauen, unternimmt die „Breslauer Zeitung". Was ist dieser Pfundtner nicht für ein braver Mann. Nicht nur ein treues, deutsches Herz schlägt ihm in der Brust, sondern auch ein edles, goldenes. Er allein ist ein wahrer Volksfreund, der richtige Arbeiterkandidat. In ihm finde das „jede Art sozialer Fürsorge, die in der Schule und von der Schule ausgehe, also den Kindern des Volkes zugute kommt", den „wärmsten und begeistertsten Vertreter". Er sorgt für warmes Frühstück, für wärmendes Schuhwerk, ist für Schulbäder, Jugendspiele, Ferienkolonien, ja sogar ihm allein ist es zu danken, daß die Schulkinder Blumentöpfe als Eigentum erhalten.

Und ein solcher Mann sollte nicht der geeignete Arbeitervertreter sein? Zwar weiß man nichts davon, wie Herr Pfundtner zu den wichtigsten Forderungen der Arbeiter steht, aber er sorgt für Blumentöpfe, für Sommerausflüge und das genügt. Damit hat Herr Pfundtner [illegible]

Qualifikation als Arbeiterkandidat erbracht. Und wehe wenn wir daran zweifeln. Herr Dr. Oehlke läßt sonst sein schwerstes Geschütz gegen uns anfahren. Daß wir unsere aus guter Quelle stammende und von verschiedenen nichtsozialdemokratischen Seiten bestätigte Mitteilung, die Hirsch-Dunckerschen könnten in Herrn Pfundtner den geeigneten Arbeiterkandidaten erblicken, ist den Herren um Oehlke scharf in die Nase gefahren. Und flugs wirft der Schlammvulkan von der Engelsburg wieder seine Stinkbomben gegen uns. „Dreiste Wahlschwindeleien“, „grobe und dumme Lüge“, „nette Partei“, „famose Sozialdemokratie“, so geht es im lieblichsten Stile fort, an der Tatsache, daß auch bei den Hirsch-Dunckerschen das Klassenbewußtsein stärker ist, als die politische Zugehörigkeit, werden auch die tollsten Schimpf-Kanonaden des Oehlke-Monteurs nichts ändern, ebensowenig aber auch die nachstehende, uns eben zugehende Berichtigung:

Die Behauptung der Nr. 20 der „Volkswacht“, daß die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine beschlossen haben, ihre Stimmen den sozialdemokratischen Kandidaten zu geben, ist unwahr. Unsere Wahlparole ist und bleibt, unsere Stimme keinem Feind der Gewerkvereine zu geben. Inwieweit der Kandidat der Sozialdemokratie als Freund der Gewerkvereine anzusehen ist, überlassen wir dem Taktgefühl unserer Kollegen.

Karl Mladek,
Lokalbeamter der Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine.

Unsere Nachricht stammte aus vertrauenswürdiger Quelle. Um Worte wollen wir nicht streiten. Wer zwischen den Zeilen lesen kann, wird auch aus dieser Berichtigung eine Bestätigung unserer Behauptung herauslesen.

Aus Schlesien und Posen.

Vom tapferen Freisinn.

In Brieg fand am Dienstag im „Becael“ eine freisinnige Wählerversammlung statt. Da die Freisinnsmannen uns überall zur Genüge verleumdet haben, so sollte ihnen hier eine gehörige Antwort erteilt werden. Etwa 800 Mann waren anwesend, davon die größere Hälfte Sozialdemokraten. Als dem Kandidaten Löwenthal das Wort erteilt wurde, fragte Genosse Kaul-Breslau an, ob denn freie Diskussion gewährt werde, worauf der Vorsitzende erwiderte: „Wir sind hier nicht im Parlament, bei uns geht es der Reihenfolge nach. Herr Löwenthal stellte sich dann als Mann aus dem Volke vor. Er sei ein großer Gegner der Agrarier, er vertrete die Interessen des Mittelstandes und des Kleinkaufmanns und werde, falls er Abgeordneter werden solle, für das Wohl dieser Stände sorgen. Er erkenne aber auch an, daß die Arbeiter Rechte zu fordern hätten, nur müßten diese auch nicht verkennen, daß es der Freisinn sei, der für die Arbeiter sorge. Sodann sahe er die Kolonien und sagte, es sei nur eine Kleinigkeit gewesen, was die Regierung forderte im Vergleiche zu den großen Summen die uns die Kolonien schon gekostet haben. Jetzt hätten wir aber einen tüchtigen Kaufmann als Kolonialminister, der würde schon dafür sorgen, daß wir noch etwas aus den Kolonien herausbekämen. Er schimpfte dann noch einmal gehörig auf die Agrarier und das Zentrum und kam schließlich auch auf die Roten zu sprechen. Diese seien keine richtigen Arbeitervertreter, sie hätten im Reichstage stets gegen Vorlagen gestimmt, die eine Besserstellung der Arbeiter herbeiführen sollten und dann kam der Freisinnsmann mit dem Märchen, die Sozis wollten nur teilen und das könne sich kein vernünftiger Mann gefallen lassen. Da nun Herr Löwenthal mit allem fertig war, so hatte er sich auch diesmal einen Gehilfen mitgebracht, Herrn Justizrat Ollendorf aus Breslau, der noch sagen sollte, was Herr Löwenthal vergessen oder nicht gewußt hatte.

Genosse Kaul [illegible] an, ob er denn auf die Angriffe des Referenten antworten dürfe. Der Vorsitzende erklärte, das könne er nicht erlauben, da die Freisinnigen in konservativen Versammlungen auch nur das Wort [illegible] hätten. Auch duldete es der Wirt nicht, der über ein Jahr boykottiert war, daß Sozialdemokraten in seinem Lokal sprechen. Genosse Kaul hat nun das Wort zur Geschäftsordnung, was ihm erteilt wurde. In kurzen Worten erklärte er, daß der freisinnige Kandidat doch schon vorher wußte, daß uns Sozialdemokraten nicht [illegible] werde, hier im Saale zu sprechen. Als anständiger Gegner hätte er es daher unterlassen müssen, [illegible]. Wenn er das getan, müßte er auch den Verdacht der [illegible] gegen sich zu verteidigen. Hierauf forderte er alle Arbeiter, die sich zur Sozialdemokratie bekennen, auf, mit ihm den Saal zu verlassen, worauf die größere Hälfte der Versammelten den Saal verließ. Der Vorsitzende meinte, da noch eine Anzahl Wähler geblieben [illegible] die Versammlung weiter fortsetzen und [illegible] Justizrat Ollendorf. Dieser hielt sich gemütlich [illegible].

[illegible] der Vorsitzende, daß der Saal, der sich [illegible] in die Nahrung [illegible] es lag am Wirte, und wenn er den Sozialdemokraten zu sprechen erlaubt hätte, so würde auch seine Partei den Saal nicht mehr erhalten haben.

[illegible]

[illegible]

Kleine provinzielle Nachrichten.

[illegible]

Abend 28 Grad Kälte notiert. In der Nacht zum 23. d. Mts. ging das Thermometer sogar bis auf 30,2 Grad unter Null herab. — Ein galizischer Mädchenhändler, namens Scharnhorst, der mit einem zwanzigjährigen Mädchen aus Krakau eine Scheinehe geschlossen hatte, um sie nach Bochum zu entführen, ist in Myslowitz verhaftet worden. — Der Arbeiter Wiencziol aus Bismarckhütte wurde auf dem Wege von Kattowitz nach Bismarckhütte ein Opfer der Kälte und mit erfrorenen Gliedern aufgefunden. Er wurde in das Krankenhaus nach Boonschütz gebracht. — In der Provinz Posen erfroren nach den bisherigen Feststellungen in den letzten Tagen auf der Landstraße sieben Personen.

Aus den Gerichtssälen.

Zur Beachtung für Fleischer.

Im November vorigen Jahres kaufte ein Schutzmann bei einem hiesigen Restaurateur ein Stück Mettwurst zur Untersuchung im städtischen Untersuchungsamt. Dort stellte sich heraus, daß die Wurst einen Stärkezusatz enthielt. Wegen Vergehens wider das Nahrungsmittelgesetz hatte sich deshalb jetzt der Fleischermeister Gottlieb Eckert vor dem Breslauer Schöffengericht zu verantworten. Er gab an, das zur Wurstbereitung verwandte Fleisch habe nicht genügend Bindekraft besessen. Er verwende aber niemals Kartoffelmehl in seiner Werkstatt, insbesondere, weil er deswegen bereits einmal bestraft worden sei. Dagegen verwende er in Fällen, wo das Fleisch nicht bindet, stets Pflanzeneiweiß, wie es unter der Bezeichnung Protein als geeignet für die Wurstbereitung in den Handel gebracht wird. Das Gutachten eines Sachverständigen ging dahin, daß Pflanzeneiweiß ebenfalls Stärke enthält, nur daß es statt aus Kartoffeln zumeist aus Mais hergestellt wird. Wurst soll aber lediglich ein Gemisch von Fleisch unter Zusatz der erforderlichen Gewürze darstellen. Als ein Gewürz könne Pflanzeneiweiß nicht angesehen werden, und liege demnach auch hier ein Vergehen wider das Nahrungsmittelgesetz vor. In Anbetracht daß der Angeklagte einen Zusatz von Pflanzeneiweiß zur Wurst bisher für erlaubt gehalten hatte, wurde die Strafe auf nur sechs Mark bemessen, während der Staatsanwalt neun Mark Geldstrafe beantragt hatte.

Ein entsetzliches Familienleben

kam vor der Strafkammer in Berlin zur Erörterung. Der Tischlergeselle Heinrich Kurtz hatte sich an seinen eigenen jugendlichen Töchtern vergangen. Das Urteil lautete auf 4 Jahre Zuchthaus und 5 Jahre Ehrverlust. Die Verhandlung fand unter Ausschluß der Öffentlichkeit statt.

Briefkasten.

P. H. Für Beleuchtung von Flur und Treppe hat der Wirt zu sorgen, wenn zwischen Mietern und Hauswirt nicht etwas anderes verabredet wurde. Haben die Mieter die Pflicht der Beleuchtung übernommen, so müssen sie ihr nachkommen, auch wenn zurzeit eine Wohnung leer steht.

100, Warmbrunn. Hat Ihre Frau den Tisch nicht gekauft, so brauchen Sie oder Ihre Frau auch nicht zahlen. Warten Sie ruhig den Ausgang des Prozesses ab.

J. R., Kanth. Berichte über wichtige Vorkommnisse sind uns willkommen. Infolge Raummangels muß aber Ihr letzter Bericht zum Teil fortbleiben.

W., Zillerthal. Sie müssen Geduld haben. Das Schiedsgericht braucht fast immer drei bis vier Monate, ehe es eine Beschwerde erledigt.

Königshütte. Wir kennen das Statut der dortigen Darlehnskasse nicht, sind deshalb außerstande, Ihnen zu sagen, ob Sie das Kapital ohne Kündigung abheben können.

G. F., Gottesberg. Für das Gedicht besten Dank, leider nicht zu verwenden.

A. A., Kr[illegible] Striegau. Besten Dank für Ihre Zusendung. Der Fall [illegible] gehört der Geschichte an. Lassen wir ihn ruhig schlafen.

19. Quittung.

Für den Reichstags-Wahlfonds gingen ein:

Bereits quittiert	5015.19	Mk.
Liste 533	5.10	„
R. K. [illegible]	0.50	„
Liste 665, von [illegible], durch H. F.	1.10	„
Sammlung bei [illegible] des R.-G.-F. „[illegible]“	5.00	„
[illegible]	2.80	„
Ungenannt	0.50	„
Sammlung in der [illegible], durch [illegible]	5.65	„
Liste [illegible], durch [illegible]	1.70	„
„ 473, von den [illegible] bei [illegible], Herzel und Kammant durch [illegible]	5.55	„
Liste 594, von den [illegible] bei [illegible], durch [illegible]	2.00	„
Liste 508, Distrikt 15, durch [illegible]	3.80	„
„ [illegible], von [illegible] durch H. F.	3.50	„
„ [illegible] Tschirne, durch [illegible]	[illegible]	„
„ [illegible] Kuhe	[illegible]	„
„ [illegible] Paar u. [illegible]	[illegible]	„
„ [illegible]	[illegible]	„
Sammlungs-[illegible], durch [illegible]	[illegible]	„
Liste 271, Distrikt 15, durch Dankel	[illegible]	„
„ [illegible]	[illegible]	„
„ [illegible]	[illegible]	„
„ [illegible]	[illegible]	„
„ [illegible]	[illegible]	„
„ C. L., [illegible]	[illegible]	„
Ungenannt, durch [illegible]	[illegible]	„
Liste [illegible]	[illegible]	„
„ [illegible]	[illegible]	„
„ [illegible]	[illegible]	„
Liste [illegible]	[illegible]	„
„ [illegible]	[illegible]	„
„ [illegible]	5.—	„
[illegible]	[illegible]	„
[illegible]	[illegible]	„
Liste [illegible]	[illegible]	„
„ [illegible] durch Schnieber und [illegible]	[illegible]	„
„ [illegible]	[illegible]	„
„ [illegible]	[illegible]	„
„ [illegible]	[illegible]	„
„ [illegible]	[illegible]	„
„ [illegible]	[illegible]	„
„ [illegible]	[illegible]	„
„ [illegible]	[illegible]	„
„ [illegible]	[illegible]	„
„ [illegible]	[illegible]	„
„ [illegible]	[illegible]	„
„ [illegible]	[illegible]	„
„ [illegible]	[illegible]	„
„ [illegible]	[illegible]	„
„ [illegible]	[illegible]	„
„ [illegible]	[illegible]	„
„ [illegible]	[illegible]	„
„ [illegible]	[illegible]	„
„ [illegible]	[illegible]	„
„ [illegible]	[illegible]	„
„ [illegible]	[illegible]	„
„ [illegible]	[illegible]	„
„ [illegible]	[illegible]	„
„ [illegible] Schmidt	[illegible]	„
„ 408, „ 12, „ Sperlich	10.90	„
„ 569 Tapeziergeh. b. Nawrat u. Co.	11.00	„
„ 590, Distr. 9, durch Rechel	5.00	„
„ 615, „ 9, „ Kern	13.50	„
„ 671, „ 7, „ Scholz	7.85	„
„ 706 durch Klose	6.00	„
Ges. durch Wittner	1.05	„
Liste 713, Distr. 8, durch Mann	6.10	„
„ 717 b. Dornbdorf durch Girndel	8.75	„
„ 801	2.20	„
„ 810 durch Alter	24.15	„
„ 821, Distr. 8	0.55	„
„ 835, „ 8, durch Peß	8.30	„
„ 838	5.30	„
„ 839 durch Berndt	5.10	„
Ungenannt	1.05	„
Biertisch bei Galle	1.50	„
N. K.	4.75	„
Ges.-V. „Krone“ b. Bresl. Kork-Arbeiter	10.00	„
Vom zahmen Engländer durch Kern	1.00	„
H. K.	0.80	„
Fischangeln bei Fiebich durch Burgund	1.05	„
Liste 447, durch Scholz	5.85	„
„ 542 von Müllern durch Schielau	3.90	„
„ 543 von Müllern durch Schielau	6.75	„
„ 544 „ „ „ „	2.90	„
„ 546 „ „ „ „	3.05	„
„ 449 durch Patzke	2.30	„
„ 454 durch Hoff	3.65	„
„ 630	18.—	„
Rakowski	1.—	„
Sparverein Zukunft	2.—	„
Emil Gabor	1.—	„
Wilhelm Krebs	1.—	„
Strowig	0.20	„
K. S. von der Eisenbahn	11.30	„
Zusammen	5601.70	Mk.

Das Wahlkomitee für Breslau-Ost und -West.
Max Wiener, Kassierer.

Sammellisten sind im Parteisekretariat, Neue Graupenstraße 5, 2. Etage, und im sozialdemokratischen Wahlbureau, Nikolaistraße 27 in der „Scala“ parterre rechts zu haben.

Vereins-Kalender.

Breslau.

Gewerkschaftshaus.

Donnerstag, den 24. Januar:

Bauhilfsarbeiter. Außerordentliche Generalversammlung Abends 7 Uhr, im großen Saale.

Sonnabend, den 26. Januar:

Tapezierer-Verband. Großer Maskenball im großen Saal.

Sonntag, den 27. Januar:

Arbeiter-Sängerbund. Ortsgruppe Breslau. Die alle sechs Wochen abzuhaltende Probe findet im großen Saale Vormittags 10 Uhr statt. Programm-Abrechnung.

Mitteilungen der Distrikts- und Bezirksführer des Sozialdemokratischen Vereins:

Distrikt 3 (Gräbschener Vorstadt).

Bezirke 3, 4 u. 5. Sonnabend, den 26. Januar, Abends 8 Uhr: Zusammenkunft und Zahlabend. Zahlreiches Erscheinen dringend erwünscht. Die Bezirksführer.

Distrikt 4 (Nikolaitor).

Donnerstag, den 24. Januar, Abends 8 Uhr, haben sich die Wahlhelfer für Distrikt 4 bei Hönig, Leuthenstraße, vollzählig einzufinden. Der Distriktsführer.

Distrikt 8 (Odertor).

Sonnabend, den 26. Januar, Abends 8½ Uhr: Abrechnung der Bezirksführer.

Bezirk 4. Sonnabend, den 26. Januar, Abends 8½ Uhr: Zahlabend im Distriktslokal. Neuwahl des Bezirksführers.

Distrikt 14 (Ohlauer Tor).

Die Wahlhelfer für Distrikt 14 werden ersucht, am Wahltag früh pünktlich um 8 Uhr bei Langemann zu sein, ebenso um 2 Uhr die Schlepper.

Land-Distrikt 9.

Kosel-Pilsnitz. Sonntag, den 27. Januar, Vormittags 10 Uhr: Zusammenkunft bei Kuhnt in Kosel. Alle Mitglieder müssen erscheinen. Der Distriktsführer.

Stabelwitz, Marschwitz, Herrnprotsch. Sonntag, den 27. Januar, Vormittags 10 Uhr: Zusammenkunft im bekannten Lokale. Wahl eines neuen Bezirksführers. Alle Mitglieder müssen erscheinen. Der Distriktsführer.

Ohlau. Bauhilfs- und Erdarbeiter. Sonntag, den 27. Januar, Nachmittags 3 Uhr, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung: Abrechnung vom 4. Quartal 1906. Neuwahl der Ortsverwaltung. Kollege Volkmann anwesend.

Baumgarten bei Ohlau. Maurer-Versammlung. Sonntag, den 27. Januar, Nachmittags 2½ Uhr, im Lokale des Herrn Schmidt.

Schweidnitz. Lichtbildervortrag. Sonntag, 27. Januar, Nachmittags 3½ Uhr, im „Zeltgarten“: Lichtbildervortrag, arrangiert vom Gewerkschaftskartell und Wahlverein. Eintrittspreis 20 Pf.

Schmiedeberg i. R. Maurer. Sonntag, 27. Januar, Nachmittags 3½ Uhr: Mitglieder-Versammlung in den „Drei Kronen“. Tagesordnung: Abrechnung vom 4. Quartal. Jahresbericht. Neuwahl des Vorstandes. Lohnfragen. Verschiedenes.

Gute, billige Uhren,

unter mehrjähriger Garantie,

Gold- und Silber-Waren

Herren-Uhren	v. 3 Mk. an
Silb. Herren- u. Damen-Uhren	v. 6 Mk. an
Goldene Damen-Uhren	v. 12 Mk. an
Regulatoren	v. 7 Mk. an
Wanduhren und Wecker	v. 2 Mk. an

Goldene Herren-Uhren billigst.
Trauringe und Ketten in verschied. Gold.
Musikwerke.

Reparaturen werden in meiner Spezial-Werkstatt sauber und billig ausgeführt. 5489

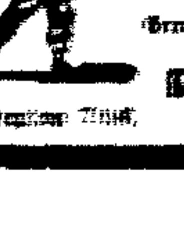
Auf Wunsch Teilzahlungen gestattet.

R. Leitloff, Uhrmacher, Nikolaistr. 11, am Königsplatz.

A. Franz Nachfl. H. Wiersing

Messergasse 1, am Neumarkt.

Größtes Theater- und Masken-Garderoben-Verleih-Institut.



Große Auswahl in Charakter-, historischen u. Zeitungs-Kostümen. 5440

Neu-Anfertigungen prompt und billigst.

Telephon 7346. Theater-Bühne leihweise zur Verfügung.

2. Beilage zu Nr. 21 der „Volkswacht“.

Freitag, den 25. Januar 1907.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 24. Januar.

Geschichtskalender.

24. Januar.

1679 Der Philosoph Christian von Wolff in Breslau *.
1774 Der Komponist Gasparo Spontini, Hauptrepräsentant der unter dem Einfluß des Napoleonischen Kaiserreichs entstandenen heroischen Oper, in Majolati (Ankona) †.
1776 Der romantische Schriftsteller E. T. A Hoffmann in Königsberg i. P. *.
1786 Der Sprachforscher Wilhelm Grimm *.
1798 Karl v. Holtei in Breslau *.
1867 Schleswig-Holstein von den Preußen in Besitz genommen.
1888 Der Opernkomponist Friedr. v. Flotow in Darmstadt †.
1890 Im Reichstag wird mit 166 gegen 111 Stimmen die Ewigkeitsdauer des Sozialistengesetzes beschlossen.

Wahlregeln für den 25. Januar.

Die Wahl beginnt Vormittags um 10 Uhr und wird um 7 Uhr Abends geschlossen.

Vor dem Betreten des Wahllokals versehe sich jeder Wähler mit einem Stimmzettel!

Beim Betreten des Wahllokales wird ihm von einem Ratsdiener ein amtliches Wahlkuvert gegeben, in das er in der Wahlzelle des Lokales den Stimmzettel steckt.

Durch diese Wahlzelle, die den Wähler den Blicken der übrigen im Wahllokal Anwesenden völlig entzieht, ist die geheime Wahl wirklich gesichert.

Im Interesse der glatten Wahlarbeit ist es dringend nötig, daß jeder Wähler frühzeitig zur Wahl geht und an der Urne seine Wohnung, Hausnummer und seinen Namen recht laut und deutlich nennt.

<u>Punkt 7 Uhr Abends wird der Wahlakt geschlossen, wer seinen Stimmzettel bis 7 Uhr noch nicht abgegeben hat, darf nicht mehr wählen, auch wenn er bereits vor 7 Uhr im Wahllokal sich befand.</u>

Ungiltig sind:

1. Stimmzettel, die nicht in einem amtlich abgestempelten Umschlag und solche, die in einem mit einem Kennzeichen versehenen Umschlag übergeben worden sind.

2. Stimmzettel, die nicht von weißem Papier sind.

3. Stimmzettel, die mit einem Kennzeichen versehen sind.

(Es ist darauf zu achten, daß weder Stimmzettel noch Umschlag Schweiß- oder Schmutzflecken aufweisen, da in solchen Fällen die Stimme für ungiltig erklärt werden kann.)

4. Stimmzettel, die keinen oder keinen lesbaren Namen enthalten.

5. Stimmzettel, aus dem die Person des Gewählten nicht unzweifelhaft zu erkennen ist.

6. Stimmzettel, welche eine Verwahrung oder einen Vorbehalt gegenüber dem Gewählten enthalten.

Wenn in einem Umschlage auf verschiedene Personen lautende Stimmzettel enthalten sind, so ist keiner davon giltig.

Vor allem haben die Beauftragten unserer Partei, namentlich in den ländlichen Ortschaften, streng darauf zu sehen, daß als Wahlurnen keine Punschterrin n. Zigarrenkisten oder derartige Gefäße verwendet werden.

Werden gegen den Widerspruch trotzdem solche Gefäße zu Urnen verwendet, so notiere man es und teile es schleunigst dem Parteisekretariat, Breslau, Neue Graupenstraße Nr. 5, II, mit. Telephon 8141.

Ebenso sind alle sonstigen Unregelmäßigkeiten dem Wahlkomitee zu melden.

Arbeiterfrauen! Helft mit zum Siege!

Ihr braucht nicht abseits als müßige Zuschauerinnen zu stehen, wenn Eure Männer und Brüder kämpfen. Zwar hat eine veraltete und rückständige Staatsverfassung Euch von der Ausübung des Wahlrechts ausgeschlossen, doch trotzdem ist Euch die Gelegenheit nicht genommen, am Tage der Wahl mit zu kämpfen um den Sieg des Proletariats.

Wenn morgen in der Frühe Dein Mann Euer ärmliches Heim verläßt, die Stätte seiner Arbeitsfron aufzusuchen, vergiß nicht, Du Arbeiterfrau, ihm die Mahnung mit auf den Weg zu geben: „Heute ist Wahltag; ehe Du Mittags nach Hause kommst, gehe erst hin und erfülle Deine Arbeiter- und Bürgerpflicht; wähle den sozialdemokratischen Kandidaten!“ Und wenn Dein Mann Mittags nach Hause kommt, und er war noch nicht zur Wahl, dann sage ihm: „Erst gehe Du wählen, und dann sollst Du Dein Mittagbrot bekommen.“

Wenn aber Dein Mann immer noch pflichtvergessen war und nicht zur Wahl ging, und wenn dann der Schlepper kommt, Deinen Mann zu suchen, dann gib bereitwilligst Auskunft, wo Dein Mann wohl zu finden ist, ja, nimm Mantel und Kopftuch und gehe mit, ihn zu suchen. Und nicht eher verlaß Deinen Mann, bis Du ihn nicht an die Urne gebracht und er sozialdemokratisch gewählt hat.

War aber Dein Mann bereits zur Wahl, auch dann stelle Dich dem sozialdemokratischen Wahlkomitee zur Verfügung, gehe in eines der heute in der „Volkswacht“ bekannt gegebenen Wahllokale und stelle Dich dort der Wahlleitung zur Verfügung.

So, Arbeiterfrau, mußt Du am Wahltage mithelfen und mitkämpfen!

Geht rechtzeitig zur Wahl!

Nicht oft genug kann es den Wählern zugerufen werden, daß sie rechtzeitig, womöglich schon in den Mittagsstunden, zur Wahl gehen müssen. Abends ist der Andrang erfahrungsmäßig sehr stark. Wer aber bis zum Glockenschlage sieben noch nicht dazu gekommen ist, seinen Stimmzettel in die Urne zu legen, der darf nicht mehr wählen, er hat sein Wahlrecht verwirkt, auch wenn er schon seit Stunden im Wahllokale sein sollte.

Darum immer wieder, geht rechtzeitig zur Wahl. Hört möglichst schon Mittags zu arbeiten auf! In der bürgerlichen Kreise werden die Fabrikanten und Kaufleute aufgefordert, ihren Beamten durch Freigabe des Dienstes Gelegenheit zur Ausübung des Wahlrechtes zu geben. Und der Breslauer Magistrat hat beschlossen, am Tage der Wahl von Nachmittags 1 Uhr an alle städtischen Amtsstellen zu schließen, auch den städtischen Arbeitern den Nachmittag unter Weiterzahlung des Lohnes frei zu geben. Auch andere Behörden haben Anweisungen erlassen, die ihren Beamten die Ausübung des Wahlrechts erleichtern sollen. Mögen es die Arbeiter ebenso machen und am Freitag Nachmittag, wenn irgend möglich, die Arbeit ruhen lassen. Der Wahltag soll jedem der höchste bürgerliche Feiertag sein!

Auch der Nichtsteuerzahler

ist bei der Reichstagswahl berechtigt, sein Wahlrecht auszuüben. Hunderte von Malen haben wir diese Tatsache in Versammlungen in der „Volkswacht“ und in den Flugblättern festgestellt, laut und vernehmlich, daß es jeder hören konnte. Nichts ist deshalb alberner, als wenn die „Schles. Zeitung“ sich jetzt von irgend einem Hanswurst weismachen läßt, wir Sozialdemokraten verbreiteten in der Stadt die Mitteilung, daß Studenten, ältere Baugewerkschüler, sowie sonstige junge Leute, die keine Steuern bezahlen, nicht wahlberechtigt seien.

Diesen Leuten ist eben jede Gelegenheit recht, wenn sie uns Sozialdemokraten verleumden können. So töricht sind wir nicht, derartige Nachrichten auszusprengen. Wissen wir doch, daß Studenten, die sich zur Beschäftigung mit der Politik durchgerungen haben, meist sozialdemokratisch denken.

Konservative Wahlparole.

Früh bei Zeiten antreten Schulter an Schulter, den gezückten Wahlzettel in der Hand; die Schlappmichel, Drückeberger und Frostpeter in die Mitte genommen, daß sie nicht ausrücken können, und dann „herin in die Kartoffeln“, da muß die Sache werden.

Ein Kriegsfreiwilliger von 70/71.

P. S. Gegen Kälte ist ein steifer Grog besser wie ein Paletot!

So zu lesen in der „Schlesischen Zeitung“. Im Zeichen des Fusels wollen sie siegen.

* **Gegen das Zentrum im Breslauer Landkreise** meutern einige Magnaten. Herr v. Machui auf Ocklitz erläßt in einem Flugblatte die Erklärung, daß er, der ehemalige Vorsitzende des Zentrumsvereins, mit seinen bisherigen Parteigenossen nicht mehr zusammengehen könne, da er nicht gewillt sei, die gegen die Reichsregierung gerichteten Angriffe und die „frivole Irreführung“ der Wähler mit seinem Namen zu decken. Er trete deshalb aus dem Zentrumsverein aus und empfehle die konservative Kandidatur. Auch ein Herr v. Wonkowski-Biedau hat eine Erklärung zu Gunsten des konservativen Grafen Carmer abgegeben. So frißt der Mauerfraß sich immer tiefer am Zentrumsturm ein. Im Westen Deutschlands schwenken die Arbeiter ab, im Agrarierland aber die Grafen und Magnaten.

* **Sogar im Bilde** empfiehlt sich der durchlauchtigste „Arbeiterkandidat“ Fürst Hatzfeld seinen Wählern. In der ganzen Stadt werden Flugblätter mit dem Bilde des Fürsten verbreitet. Wenn das nicht zieht . . . O armer Tatzauer!

* **Die sibirische Kälte**, die in diesen Tagen bei uns herrscht, hat bereits ein Opfer gefordert. Der Vorgang beweist zugleich in erschrecklicher Weise, welche Unsummen von Not, Elend und Jammer in den Kreisen der Proletarier herrschen. Passanten bemerkten am Dienstag Mittag in der Nikolaistraße einen Kinderwagen, in dem ein Kind unter ärmlichen Decken lag. Neben dem Wagen stand eine anscheinend dem Arbeiterstande angehörende Frau, die ein zweites Kind in einem großen Umschlagetuch eingewickelt trug. Diese armselige Gruppe gelangte in der Nachmittagsstunde auf der Reuschestraße, Ecke

☛ Eine Stichwahl gibt es diesmal in Breslau nicht!

Darum gehe jeder am 25. Januar zur Wahl, und zwar möglichst schon in den Mittagsstunden.

Mutterfreuden.

Roman von H. Salomon.

32 (Nachdruck verboten.)

Als sie den Brief mit bewegter Stimme verlesen hatte, ließ sie lange den Blick auf dem jungen Weibe ruhen. „Arme Mutter! Armes Kind!“ murmelte sie leise. Dann sich über die Kranke beugend, sagte sie zur Alten: „Hoffen wir das beste daß sie es durchholt. 's scheint ein Fieber sie zu schütteln. Der Doktor muß gleich her und ich schicke Dir zur Hilfe für die Nacht meine Jungmagd her. Paß nur aufs Kind auf und gewöhn's an die Flasche. Mit der Mutterbrust ist's vorbei!“

Sie warf beim Fortgehen noch einen mitleidsvollen Blick zurück nach dem Bett und eilte dann mit hastenden Schritten dem Hofe zu.

16.

Die Bäuerin ließ, auf dem Hofe angelangt, sofort den Wagen anspannen, damit Johann den Doktor aus der Kreisstadt herbeihole. Noch keuchend von dem schnellen Lauf, trat sie mit erregtem Gesicht in die Wohnstube.

Der Bauer hatte gerade Besuch von seinem Freunde Rodig, der ihm die Nachricht hinterbrachte, daß die Regierung zu dem beantragten Enteignungsverfahren behufs eines Bahnbaues ihre Genehmigung erteilt habe und demnächst die Vermessungsarbeiten vorgenommen werden würden.

Mit finsteren Blicken schritt der Bauer erregt in der Stube auf und ab. „Also, soll's so weit kommen, daß wir Gewalt gegen Gewalt anwenden müssen?“ rief er drohend aus. „Nun gut. Wollen sehen, wie weit es der Herr Landrat treibt! Aber wehe, wenn jemand wagt, meinen Grund und Boden zu betreten! Rodig, Rodig“, [illegible] er dumpf, die Hand schwer auf dessen Schulter legend, „ich wüßte nicht, was passiert!“

„Na, ich würde mir's auch nicht gefallen lassen“, rief dieser den Bauer aufreizend, großsprecherisch aus. „Würde sie alle mitsamt dem Landrat über den Haufen schießen, wenn's mir ein Stückel Land rauben wollten!“

„Hast gut reden, Rodig“ sagte Jürgens finster, „Du bist am wenigsten daran beteiligt. Aber sieh Dir doch mein Stück an, was sie mir nehmen wollen!“

„Ganz recht,“ rief Rodig protzig aus, „ich bin Herr auf meinem Land und hab ein Recht, mich gegen fremde Eindringlinge zu wehren. Meint Ihr nicht auch?“ wandte er sich fragend an die soeben eingetretene Bäuerin.

„Ich werd' Dir nicht dreinreden“, erwiderte diese kopfschüttelnd. „Müßt eben tun, was Ihr für recht haltet. Der Landrat meint aber, daß er allein zu bestimmen hätt'. So ist es 'ne böse Geschichte.“

„Na, Jürgens, dann überlegt man, was wir machen wollen“, sagte Rodig, dem Bauern die Hand zum Abschied reichend. „Kommt bald mal bei mir vor.“ Damit verließ er die Stube und der Bauer befand sich mit seinem Weibe allein.

„Na, was soll denn das?“ fragte der Bauer, sich an sein Weib wendend, als er zum Fenster hinaussehend, den bespannten Wagen bemerkte.

„Es ist ein großes Unglück geschehen, Bauer“, sagte sie mit bewegter Stimme. „Der Johann soll gleich den Doktor mitbringen aus der Kreisstadt.“

Fragend sah sie der Bauer an. „Ist es etwa die Bertha?“

Die Bäuerin nickte nur stumm. Dann, sich ein Herz fassend, trat sie auf ihren Mann zu und sagte in traurigem Tone: „Daß Du es weißt; Ihr Bräutigam, der Ernst Röder, ist tot!“

Der Bauer zuckte zusammen und sein Weib zweifelnd ansehend, fragte er:

„Was, der Luftikus ist tot?“

„Versündige Dich nicht, Bauer,“ sagte sie in strengem Tone. „Es war ein braver und ehrlicher Kerl, der noch im Tode für die Bertha und ihr Kind gesorgt hat. Sein kleines Vermögen von einigen hundert Mark hat er ihr durch Testament vorher noch vermacht und nur Gutes hat er für sie getan. Das weiß ich selbst, Bauer. Und darum sage ich aus ehrlichem Herzen: Schad' um ihn, schad' um die Bertha. So jung zu sterben hätt' er nimmer brauchen.“

Der Bauer blickte lange sinnend zum Fenster hinaus. Dann, sich zu seinem Weibe wendend, legte er wie abbittend die Rechte auf ihre Schulter und sagte mit bewegter Stimme:

„Wenn's an dem ist, Weib, dann freilich nehm' ich's Wort zurück. Man soll keinem Toten was Schlecht's nachsagen. Weiß man doch selbst nicht, wie's einem ankommen kann.“ Nach einer kleinen Pause fragte er: „Hast denn auch Hilfe rausgeschickt zur Muhme?“ Und als sein Weib wortlos nickte, meinte er: „Es ist schon recht, Bäuerin.“ Darauf nahm er seine Mütze und ging hinüber auf sein Land, still vor sich hinbrütend.

Der Doktor fand die Berta bei seiner Ankunft immer noch im heißen Fieber liegend, wenngleich dasselbe nach der ersten furchtbaren Aufregung doch allmählich etwas nachgelassen hatte. Der Doktor verschrieb eine die Nerven beruhigende Medizin und sagte der ängstlich aufhorchenden Alten, daß die gesunde und kräftige Natur der jungen Mutter wohl das Fieber überwinden würde. Er hoffe, daß sie in längstens vier Wochen wieder völlig hergestellt sei.

Einige Tage später traf auch noch die amtlich beglaubigte Todesurkunde an die unverehelichte Berta Winger, als einzige Erbin des Verstorbenen, wie aus seinen hinterlassenen Papieren hervorging, von dem Bezirkskommando aus Straßburg ein, mit einem Begleitschreiben versehen, in welchem im trockenen Beamtenstile der Selbstmord des Rekruten Ernst Röder kurz mitgeteilt wurde.

— — — — — — — — — — — — — — — — —

Zu langsam für die Mutter Rese, aber doch stetig schritt die Genesung der jungen Mutter vorwärts. Von der durch die Bäuerin entsandten Jungmagd kräftig unterstützt, ließ sie es an der nötigen Aufsicht über die Kranke nicht fehlen.

Der mit voller Macht daherziehende Frühling verfehlte seine lebensfrische, erweckende Wirkung auch auf die junge Mutter nicht. Wohl seufzte sie noch manchmal tief aus dem trauernden Herzen auf. Aber sie konnte doch schon wieder an den lieben Toten denken, ohne in eine hochgradige Aufregung zu geraten.

Nach der vierten Woche ihrer furchtbaren Leidenszeit gestattete endlich der Arzt an einem sehr warmen, lichtdurchtränkten Maientage, daß Berta einige Stunden auf der kleinen Bank vor dem Häuschen verweilen dürfe.

Sorgsam packte die Alte einige Kopfkissen auf den erwählten Sitz und mit mütterlicher Freude geleitete sie die noch bleich und schmal ausschauende Berta hinaus in die sonnige, wurzige Frühlingsluft.

Nachdem die Alte ihren Pflegling sorgsam noch mit einigen wollenen Decken versehen hatte, holte sie ebenfalls den kleinen Wäschekorb, mit dem rosig schimmernden Kindchen darin, heraus, um ihn dicht bei der matt lächelnden Berta niederzusetzen.

Mit müdem traurigen Blick streckte diese der Alten die jetzt so weiß und zart gewordene Hand entgegen. „Wie soll ich Euch das einst danken, liebe Mutter, und auch der Bäuerin,“ sagte sie leise, „was Ihr beide gutes an mir getan habt. Ohne Eure Hilfe wäre ich wohl längst dort, wo mein liebe, Ernst jetzt ruht. Und doch“, setzte sie flüsternd hinzu, „wäre es für mich vielleicht besser gewesen.“

„Woll'n denn die trüben, finsteren Gedanken noch immer nicht weichen?“ fragte die Alte wehmütig. „Sieh Dir doch das Ebenbild von Deinem Ernst an,“ deutete sie lächelnd auf den schlafenden Kleinen. „Hast doch noch eine rechte Freude an dem kleinen, unschuldigen Wesen, nicht wahr, Berta?“

„Gewiß, Mutter Rese!“ nickte sie der Alten beipflichtend zu. „Aber wenn mir jemand früher erzählt hätte, daß ich Unglückliche solche Mutterfreuden erleben würde, ich wüßte nicht, was ich getan hätte. Wenn mich das kleine, süße Ding mit den hellen, blauen Augen anblickt, als ob es fragen wollte: Wo ist denn mein Vater? dann gibt es mir jedesmal einen Stich ins trauernde Herz.“

(Fortsetzung folgt.)

...gasse, an, wo ein Mann, anscheinend der Vater der Kinder, in eine Brauerei verschwand, um sich von den erbettelten Pfennigen Mut zu trinken, während die Frau weiter auf der Straße in der grimmigen Kälte wartete. Durch das lange Stehen des Kinderwagens auf der Straße wurden mehrere Geschäftsinhaber auf die Gruppe aufmerksam und wollten die Frau bewegen, mit dem Kinderwagen in einem Hause zu warten. Man konnte sich aber mit der Frau nicht verständigen, da sie nur polnisch sprach. Als sich nun einige Hilfsbereite mit dem Kinderwagen zu schaffen machten, mußten sie die traurige Entdeckung machen, daß das Kind leblos war. Es war der Kälte zum Opfer gefallen. Durch das Jammern der Mutter herbeigerufen, trat der Mann aus dem Schanklokal heraus. Er wurde von den Beobachtern des Vorfalles mit Verwünschungen empfangen, und viel hätte, wie der „Breslauer Morgenzeitung" gemeldet wird, nicht gefehlt, so wäre er unter die kräftigen Fäuste einiger entrüsteter Arbeiter geraten.

Wirkt die schlichte Meldung dieses fürchterlichen Vorfalles nicht geradezu erschütternd? Sie ist aber zu gleicher Zeit eine schreiende Anklage gegen die heutige Gesellschaftsordnung, gegen die beste aller Welten, in der so grauenhafte Zustände herrschen können, wie sie hier zum Tode einer kaum zum Leben erwachten Menschenblüte führten.

Aus Schlesien und Posen.

Unsere Provinz-Berichterstatter

werden ersucht, das Ergebnis der Wahlen am 25. Januar sofort, also noch am selben Tage, telegraphisch mitzuteilen unter der Adresse: „Breslau, Gewerkschaftshaus Margaretenstraße 17", ohne Rücksicht darauf, ob es sich um einen Sieg, eine Niederlage oder ein Teil-Resultat handelt. Wir verlassen uns bestimmt auf die Genossen, welche in den verschiedenen Wahlkreisen die Leitung des Kampfes in Händen haben, damit wir am folgenden Tage (Sonnabend) schon in der Lage sind, in der „Volkswacht" eine möglichst übersichtliche Darstellung geben zu können.

Die Redaktion.

Es wird Licht im Waldenburger Wahlkreise.

Daß bei der jetzigen Wahl es uns gelungen ist, auch in Bad Charlottenbrunn, in der politisch noch finsteren Ecke, einen Saal zu bekommen, das schmerzt die großen Herren der „Gemäßigten" ungeheuer. Am Sonntag, den 20. d. Mts., fand schon die dritte Versammlung im „Kaiserhof" statt. Die „Reichstreuen" waren außer sich vor Wut. Erst wollten sie alle Wähler vom Besuch abhalten; dann aber hatten sie ihre Parole geändert, sie lotsten ihre Getreuen hin und die Grubenbeamten postierten sich an jeden Tisch, um ihre „Schäfchen" kommandieren und überwachen zu können. Der Saal war dicht besetzt. Die Sitzplätze reichten nicht aus. Der Hauptsprecher der „Gemäßigten" am Orte, Herr Lehrer Mücke, war auch anwesend und schnitt ein recht saures Gesicht.

Da begann die Versammlung, aber der große Kriegsplan der Herren fiel elend ins Wasser, jedoch sie mörderlich ausgelacht wurden. Herr Lehrer Mücke erbat sich nämlich das Wort zur Geschäftsordnung und erklärte, da sie in der Versammlung vor acht Tagen mit Sachse so üble Erfahrungen gemacht (Ja, ja, [illegible] und sein Anhang hat da furchtbar schlecht abgeschnitten D. R.), und da sie gehört hätten, daß ihr Herr Ermert in der Versammlung nicht reden dürfe, so wollten sie nicht länger im Saale bleiben und forderte Herr Mücke alle Gleichgesinnten auf, den Saal mit zu verlassen. Aber, o Graus! kaum 30 Mann gingen mit hinaus, es gab ein gar lustiges Gelächter, denn die Herren saßen in der Patsche.

Genosse Sachse redete den Herren recht eindringlich zu, [illegible] doch da bleiben. Herr Mücke könne doch reden und [illegible] so lange er wolle; sogar Herr Ermert dürfe reden, wenn er vorher seine [illegible] Zeugen nenne, damit [illegible] der Wahl die „Kaktreiserdenlüge" [illegible] werden könne. Aber die Herren waren nicht zu bewegen, [illegible] zogen mit langen Gesichtern ab. [illegible] im Saale [illegible] 300 Personen fanden nun alle Sitzplätze, und der [illegible] hob, daß die „Edlen" ihnen Platz gemacht und sogar die Plätze recht schön angewärmt hatten.

Die Versammlung nahm dann den [illegible] Verlauf. Genosse Sachse [illegible] auf die [illegible] der Gegner [illegible] bei der [illegible] Wahl auf dem Spiel stehe, [illegible] Beifall.

Die Versammelten [illegible] bis zur Wahl [illegible] Sozialdemokratie zu [illegible] dann es auch in Charlottenbrunn [illegible] und Umgegend [illegible] und eine andere Stimmenzahl [illegible]

3 Wochen Haft verbüßen — 8 Tage vor der Wahl!

[illegible]

Brieg, den 22. Januar 1907.

[illegible]

ihre Pflicht auch ohne den [illegible] vermißten Genossen Kokott tun und dafür Sorge tragen, daß sich eine recht große Stimmenzahl auf unseren Kandidaten, den Genossen Paul Löbe, vereinigt.

Hundsfeld, 23. Januar. **Eine Antisemiten-Versammlung** fand hier am Dienstag statt. Zahnarzt Strumpf aus Berlin suchte Wähler für seine „gute Sache" einzufangen. Da der Wahlkreis Wartenberg-Oels bisher konservativ vertreten war, glaubt Strumpf sich ein demokratisches Mäntelchen umhängen zu müssen, und so geberdete er sich auch in dieser Versammlung wieder recht radikal. Die Juden existieren gegenwärtig für ihn überhaupt nicht, die Junker dagegen, die Großgrundbesitzer sind die schlimmsten Volksfeinde. Strumpf versprach für die Beseitigung der indirekten Steuern, für die Einführung einer Reichseinkommensteuer, und für eine Wertzuwachssteuer einzutreten. Dabei würde das Deutsche Reich nicht bloß seine Schulden tilgen können, es würde sogar noch so viel Geld übrig bleiben, daß die Arbeiter mit 60 Jahren ihre Altersrente vom Reiche erhalten könnten, ohne nötig zu haben, Marken zu kleben. Der Staat solle alle Hypotheken übernehmen usw. Zum Schluß kamen dann einige der beliebten Verleumdungen sozialdemokratischer Führer, denn sachlich kann ein Mensch, der so in Radikalismus macht, wie Strumpf, natürlich gegen die Sozialdemokratie nichts einwenden. Unser Genosse Darf aus Breslau führte in der Diskussion den radikalen Wortschwall auf seinen wahren Wert zurück. Der Referent glaube nur, die Arbeiter würden für ihn in einer eventuellen Stichwahl eintreten, wenn er sich möglichst radikal geberde. In Breslau werden die Antisemiten z. B. bei der Wahl für den Fürsten Hatzfeld stimmen, für einen der größten Agrarier. (Zuruf eines Herrn Wege aus Breslau: Das wissen Sie doch nicht!) Im Reichstage stimmen die Antisemiten bei allen wichtigen Fragen sich gegenseitig nieder. Würde Strumpf im Reichstage etwa für eine seiner heut erhobenen Forderungen eintreten, so würde Liebermann von Sonnenberg und andere Antisemiten sich sofort gegen diese Forderungen wenden. Haben wir es doch sogar schon erlebt, daß ein und derselbe Antisemit in einem Wahlkreise gegen den Bund der Landwirte und gleichzeitig in einem anderen Wahlkreise für den Bund der Landwirte kandidierte. Redner erläuterte sodann die Stellung der Sozialdemokratie zu den verschiedenen Fragen, die uns Arbeiter interessieren. Dabei wurde er wiederholt von Strumpf und den Herren aus Breslau unterbrochen; er wolle bloß so lange reden, bis der Zug nach Breslau zurückfahre, damit ihm niemand etwas entgegnen könne. Darf schloß mit der Aufforderung, am Wahltage für unseren Kandidaten Genossen Emil Neukirch einzutreten, der sich als Arbeitersekretär in langjährigem Wirken große Verdienste um das Wohl von armen Leuten erworben hat. Der Herr aus Breslau streute dann allerlei unwahre Behauptungen über unsere Breslauer Parteiverhältnisse aus. Neukirch habe Feinde unter seinen eigenen Genossen. Darauf rannte er eilig zur Bahn, denn er traute sich nicht anders, wie seine Lügen widerlegt wurden. In seinem Schlußwort hieb Strumpf dann noch einmal recht derb auf die Junker ein, als ob er damit beweisen wollte, daß er es wirklich ehrlich mit seinem Radikalismus meine.

Groß-Graben, 22. Januar. **Bei der Suche nach den verhaßten Sozialdemokraten** ist man hier am Sonntage an die falsche Adresse gekommen. Zwei Breslauer Arbeiter, die dort zu tun hatten, versäumten den Zug und wollten in einem hiesigen Gasthause über Nacht bleiben. Da im Orte am Morgen desselben Tages sozialdemokratische Flugblätter und Stimmzettel verteilt worden waren, so mußten unbedingt die beiden „Fremdlinge" die Täter sein. Flugs wollte der Pastor und noch andere Teilnehmer einer im selben Lokale tagenden [illegible] Wählerversammlung genauen Bescheid von den beiden „Missetätern" haben, wer ihnen die „Erlaubnis" zum Verteilen der Druckschriften gegeben hätte. Als diese sich nun eine derartige Behandlung energisch verbaten und darauf hinwiesen, [illegible] wollte man sie [illegible] „Der Rache dort behalten". Eine genaue Belehrung über die Wahlgesetz-Vorschriften hatte dann doch den Erfolg, daß die [illegible]

Brieg, [illegible] Januar. [illegible]

[illegible]

Dürrkunzendorf, [illegible] Januar. [illegible]

[illegible]

jauen, daß „ihr" Ablaß sogar für **Flotten- und Kolonial-Vorlagen** stimmt und redet! Welche Wandlung: Wenn nächstens Ablaß für — ja, was bleibt denn eigentlich noch übrig? — für höhere Brotzölle, für das Dreiklassenwahlrecht 2c. stimmt — **diese Freisinnigen lassen es sich auch gefallen.** Herr Ablaß weiß, was er tut, wenn er die Sozialdemokraten mit Gewalt daran hindert, zu „seinen" Wählern zu sprechen!

Jauer, 23. Januar. **Unsere Wahlarbeit wäre beendet.** Schwer war die Arbeit, die von unseren Genossen geleistet wurde. Am meisten ins Gewicht fällt die schlechte Witterung, die die Agitation erschwerte. Es gelangten drei Flugblätter, das letzte mit Stimmzettel, zur Verbreitung. Freilich paßte den Gegnern die Opferfreudigkeit unserer Genossen nicht in den Kram, wenn sie sehen mußten, wie die Genossen des Sonntags ausschwärmten, 70 bis 80 an der Zahl. Ebenfalls fanden im „Grünen Adler" drei Volksversammlungen statt. Die letzte tagt **Donnerstag, den 24. Januar**, in welcher Genosse Rössel-Berlin referieren wird. Auch war es uns möglich, in der Umgegend drei Lokale zu erringen. Die erste fand bereits am Sonntag, den 20. Januar, in Lauterbach statt. Anwesend waren fast 300 Personen. Genosse Krabitz referierte. Die zweite fand in Peterwitz statt; das gleiche Resultat. Die dritte findet heute in Falkenberg statt.

Neumarkt, 21. Januar. **Eine außerordentlich gut besuchte Wähler-Versammlung** fand am Sonntag im „Gelben Löwen" statt. Es mochten etwa 400 Personen erschienen sein und war jeder Winkel des Saales wie der Galerie dicht besetzt. Genosse Mehrlein referierte, unter jubelnder Zustimmung der Erschienenen, in etwa 1½ stündiger Rede über die „**Reichstagswahlen und ihre Bedeutung**". Gegner meldeten sich nicht zum Wort, obwohl eine Anzahl erschienen waren. Genosse Malwald ermahnte noch besonders die zahlreich erschienenen **Landarbeiter**, sich durch keinerlei Machinationen irre machen zu lassen und trotz aller Beeinflussungen nur dem Genossen Schütz ihre Stimme zu geben. Nach einem kurzen Schlußwort Mehrleins, das mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie ausklang, erfolgte Schluß der in jeder Hinsicht gelungenen Versammlung.

Wenn wir bedenken, daß uns bis vor wenigen Wochen kein einziger Saal in Neumarkt zur Verfügung stand und wir nur in einer kleinen Gaststube einen Unterschlupf hatten, können wir mit dem Erreichten sehr zufrieden sein. Auch der Massenbesuch der beiden letzten Versammlungen, mit den Genossen Schütz und Mehrlein als Referenten, beweisen, daß wir wahrscheinlich am längsten die „schwarze" Ecke gewesen sind!

Goldberg, 22. Januar. **Aus der Wahlbewegung.** Während am Sonntag unsere hiesigen Genossen fleißig bei der Flugblattverbreitung in Goldberg wie in der Umgegend beschäftigt waren, fand hier im „Neuen Hause" eine Wählerversammlung statt, die für die Landarbeiter bestimmt war. Leider ist die Zahl der Personen, die in unser Lokal hineindürfen, von der Polizei aufs äußerste beschränkt worden, sodaß nicht allen Erschienenen Einlaß gewährt werden konnte. Genosse Darf-Breslau sprach über die politische Lage und die bevorstehenden Wahlen. Der Vortrag wurde mit lebhaftem Beifall aufgenommen und dürfte dazu beigetragen haben, unter den Landarbeitern der Umgegend Wissen über die Grundsätze unserer Partei zu verbreiten. Zu einer Diskussion blieb keine Zeit, da bei Beendigung des Vortrages die Zeit herangekommen war, wo die Erschienenen zum Füttern des Viehes gehen mußten. Auch meldeten sich Gegner nicht zum Wort. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf die Sozialdemokratie fand die Versammlung ihr Ende.

—t. **Haynau**, 22. Januar. **Die bürgerlichen Parteien arbeiten mit fieberhaften Anstrengungen**, wie sie kein Wahlkampf vorher gesehen hat. Auch unsere Partei hat die letzten Tage nicht ungenutzt vorübergehen lassen. Vor überfüllten Versammlungen referierten am Sonnabend und Sonntag die Genossen Ihrer und der Kandidat Dietrich. Alle beide Versammlungen waren gewaltige Massenkundgebungen der Haynauer Arbeiterschaft, wie sie unser Ort seit langem nicht gesehen hat. In den liberalen Versammlungen am Sonnabend, die in Kreibau und Alterlohn stattfanden, traten den freisinnigen Rednern Fischbeck und Pohl die Genossen Kaul und Dietrich entgegen. Bemerkt muß hierbei werden, daß sich die freisinnigen Wähler in Kreibau gleich Rowdies betrugen. Am Montag trat dem liberalen Redakteur Brackmann Genosse Kaul-Breslau in Kaiserswaldau entgegen. Verwundert lauschten die anwesenden Kleinbauern den Ausführungen des Genossen Kaul; war es doch das erste Mal, daß sie aus dem Munde eines Sozialdemokraten die Zukunftsprobleme des Sozialismus erklärt bekamen. Die Konservativen arbeiten ebenfalls in ihrer bekannten Manier, mittels Freibier usw., und es ist nicht ausgeschlossen, daß der Wahltag manche Enttäuschung bringen wird. Wie die Entscheidung auch ausfallen wird, [illegible] steht fest, daß die Sozialdemokratie einen gewaltigen Fortschritt zu verzeichnen haben wird.

—t. **Haynau**, 23. Januar. **Gewerbsmäßige Verleumder.** Die hiesigen Liberalen, deren [illegible] Kampfesweise bekanntlich nicht weit her war, kommen nun im letzten Augenblick mit ihrer größten Liebe ans Tageslicht. Jene Herren, die zu ihren Parteifreunden **Weinfälscher und verkrachte Bankdirektoren** in Hülle und Fülle zählen, bringen es fertig, die Sozialdemokratie für den Zusammenbruch des hiesigen Konsumvereins verantwortlich zu machen. Ihre Behauptungen, daß [illegible] es waren, die durch ihre Hetze gegen die Konsumvereinsbewegung die Hauptschuld am Zusammenbruch tragen. Es versteht sich, daß man die Vorgänge, die zum Zusammenbruch des Konsumvereins führten, in echter Freisinnsverlogenheit verdreht und in Ermangelung zugkräftiger Agitationsmittel an die [illegible] der Arbeiter appelliert. Es hieße jenen Herren, die durch eine solche Kampfesweise auch den Blindesten den Bankrott des Freisinns vor Augen führen, viel zu viel Ehre tun, würden wir auf jenes Geschwätz näher eingehen. All die Verleumdungsmittel, zu denen der Freisinn im letzten Augenblick greift, werden seinen verdienten Untergang nicht aufhalten, sondern nur noch beschleunigen.

Nun denn, Genossen, der Wahltag muß nun erst recht ein Tag des Volksgerichts werden.

Naumburg a. Q., 21. Januar. **Eine große Wählerversammlung** fand am Dienstag Abend im Gasthof „Zu den drei Bergen" hierselbst statt, in welcher Reichstagskandidat Genosse Schebs sprach. Trotz der furchtbaren Kälte waren Landleute aus Giesmannsdorf, Herzogswaldau [illegible] erschienen, die meilenlange Wege zu machen hatten. Der Saal war [illegible] voll, ebenso hatten sich eine Anzahl Gegner eingefunden. Genosse Schebs beschäftigte sich in seinem Vortrage speziell mit den gegnerischen Parteien und erläuterte unsere Programmforderungen unter Bezugnahme auf die heutigen wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse. In der Diskussion meldete sich natürlich erst Dr. [illegible] zum Wort, der von der [illegible], die ihm in früheren Versammlungen erteilt wurden, [illegible] genug hatte. [illegible] erzählte das Märchen von [illegible] und den [illegible], [illegible] über den „Vorwärts"-Kalender, [illegible] die Namen von [illegible], die von Revolutionären [illegible] und in ähnlichem Unsinn mehr. Dann sprach noch ein anderer Herr, welcher wünschte, daß die Sozialdemokraten nicht nur [illegible], sondern praktisch mitarbeiten sollen. Genosse Schebs [illegible] unter den [illegible] Beifallsäußerungen der Versammlung den beiden Herren und besonders dem Herrn Dr. [illegible] [illegible] In seinem Schlußwort forderte der Referent die Anwesenden auf, als Mann für Mann am 25. Januar sozialdemokratisch zu wählen.

Die vorzügliche Stimmung in der Versammlung dürfte als Zeichen dafür gelten, daß Naumburg gut wählen wird.